

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

135 (15.6.1914)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 J., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 J.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 J. Volantinsrate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei West & Cie., Karlsruhe.

Freiheit, die sie meinen.

Es charakterisiert die neueste Phase des Kampfes gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, daß die Scharfmacher in der Öffentlichkeit nicht sowohl das Interesse des Unternehmertums als vielmehr das der Arbeitswilligen in den Vordergrund rücken. Sie gehen dabei von der ganz richtigen Erwägung aus, daß sie auf diese Weise für ihre Pläne und Absichten eine günstigere Stimmung erzeugen können, als wenn sie von der Gefährdung ihres Profits und der Einschränkung ihrer Selbstbestimmtheit sprechen. Auch sie zählen der Forderung, Menschenrechte höher einzuschätzen als Vermögenswerte, ihren Tribut und spielen sich deshalb als die Verteidiger der Rechte derjenigen auf, die sich vom Zwang der Organisation lösen und entgegen dem Willen der Gewerkschaften bei einem Streik arbeiten wollen. Den Arbeitgebern sind die zweifelhaften Gesellen, die von Streikbrecherbureaus vermittelt werden und die sich weniger aus Not als aus Mangel an Verstand oder aus Lust an Kaufhändeln zu Herausforderdiensten bereit finden, gerade gut genug, um an ihnen ihre Begeisterung für die Selbstbestimmung des Einzelmenschen zu demonstrieren.

Was bisher nur als Anspruch der bestehenden Klasse galt, das wird jetzt als ein unüberlegliches Rechtsgut des Arbeiters hingestellt: er hat eine Ehre, die besonders geschützt werden muß, er hat eine persönliche Freiheit, in der er nicht gekränkt werden darf, er hat eine Verfügung über sich selbst, deren Verletzung durch eine Organisation schwer bestraft werden muß. Das alles natürlich nur unter der Voraussetzung, daß er ein Arbeitswilliger ist. Diese Lehre wird in der Unternehmerpresse verkündet und sie klingt wieder in den Schriften und Reden aller derer, die ein Verbot des Streikpostenstehens, sei es auf dem Wege der Polizeiverwaltung, sei es mit Hilfe einer gesetzlichen Neuregelung, fordern, und so ist es auch weiter nicht auffällig, wenn in der „Kreuzzeitung“ der Landgerichtsdirektor Franz Woermann in Bielefeld im Namen der Freiheit den Gewerkschaften die Mittel zur Verwirklichung ihrer auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerichteten Absichten geraubt sehen will.

Schließlich, daß Herr Woermann noch etwas mehr und lauter für die Freiheit schwärmt, als wir es bisher von denen gehört haben, die mit ihm den gleichen Weg gehen. Er scheint sich nicht selbst Zugeständnisse an die Philosophie und Staatslehre zu machen, die die große französische Revolution einleitete und mit den Vertretern des Naturrechts von dem „mit uns geborenen Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung“ zu reden. Jeder Mensch soll unbefehligt durch irgend einen andern oder durch irgend eine Organisation von andern seine Stellung einnehmen und nicht nur das, was gemeinhin als Terrorismus bezeichnet wird, muß von ihm ferngehalten werden, nein, sein Persönlichkeitsrecht ist etwas so mimosenhaftes, daß auch der Versuch ihn friedlich und freundlich zu einer anderen Haltung zu bewegen, mit den Mitteln der öffentlichen Gewalt zurückzuweisen ist. Das Streikpostenstehen an sich ist nach Ansicht dieses Landgerichtsdirektors schon Einschüchterung in Meinkultur:

„Je geräuschloser sich eine Drohung vollzieht, desto tiefer wirkt sie; die wirklichsten Drohungen sind die schweigenden, hinter denen die Macht, sie zu verwirklichen steht. Das sind psychologische Erfahrungssätze, die den Drahtziehern der Streikposten nur zu geläufig sind. Auch wenn der Streikposten sich seiner angeblichen Instruktion gemäß völlig ruhig und leblich abwartend und beobachtend verhält, übt er dennoch die beabsichtigte Wirkung der Einschüchterung aus.“

Mit stärkeren Garantien kann in der Tat die Freiheit des Einzelnen nicht umgeben werden, als sie hier gefordert werden. Aber es handelt sich eben nur um die Freiheit des Arbeitswilligen, denn Herr Woermann und seine Freunde denken natürlich nicht daran, aus ihrer schönen Begeisterung für Menschenrechte weitergehende Konsequenzen zu ziehen und, um nur ein Beispiel zu nennen, auch jene „schweigende Drohung“ aus der Welt zu schaffen, die in der Forderung öffentlicher Abstimmung bei den Wahlen zum preussischen Landtag liegt. Daß sie vollends Freiheitsansprüche der Streikenden nicht anerkennen, versteht sich von selbst. Die Verfassung gewährleistet die persönliche Freiheit. Man sollte meinen, daß sich daraus das Recht ableiten lasse, nicht nur vor einem bestreiten Betriebe zu stehen, sondern auch die zur Arbeit Willigen anzusprechen, um sie auf die bestehenden Differenzen aufmerksam zu machen. Man sollte meinen, daß es auch das Recht der Streikenden sei, sich über die Zahl der dem Unternehmer zur Verfügung stehenden Kräfte zu vergewissern, gar nicht zu reden davon, daß die Anerkennung des Organisationsgedankens ganz von selbst zu der Anerkennung der Unentbehrlichkeit eines gewissen Zwangs führen muß, ohne den der Zweck der Organisation schlechterdings nicht zu erreichen ist. Aber alles das gilt als strafwürdiger Erzeß.

Polizeiverordnungen werden erlassen, durch die die gesetzlich gewährte Koalitionsfreiheit zum guten Teil illus-

orisch gemacht wird. Das kümmert die konservativen Anhänger der Persönlichkeitsrechte nicht im allgeringsten. Ja, sie halten das Prinzip der gesetzmäßigen Verwaltung, das für jede Polizeiverordnung ein ermächtigendes Gesetz verlangt, bei Streikverordnungen für hinreichend gewahrt, wenn sie sich auf das allgemeine Landrecht aus dem Jahre 1794 und auf seine mehr als allgemein gehaltenen Begriffsbestimmungen vom Amte der Polizei berufen können.

Allerdings regt sich auch in diesen Kreisen mehr und mehr der Wunsch, daß die obersten Gerichte diese Polizeiverordnungen für rechtsungültig erklären möchten. Aber sie hoffen eben, auf diese Weise die Bahn für ein neues Gesetz oder für eine neue Reichsgerichtsentscheidung, die das Streikpostenstehen verbietet, zu öffnen. Ist dieses Gesetz ergangen, oder hat das Reichsgericht sein durch die Streikpostenverordnung des kaiserlichen Senats hervorgerufenen Urteil von 1891 revidiert, dann ist ihrer Sehnsucht volle Genüge geleistet: Die Freiheit der Ausbeutung ist auf dem Weg über die Freiheit der Arbeitswilligen erreicht!

Die „dienstlichen Indiskretionen“ vor dem Forum des Landtags.

? Karlsruhe, 15. Juni.

Mit aller Schärfe hat sich der Finanzminister Dr. Rheinboldt in der 79. Sitzung der Zweiten Kammer gegen die dienstlichen Indiskretionen ausgesprochen und Parlament sowohl als die gesamte Beamenschaft gegen diese „unlauteren Elemente“ mobil gemacht: „Ich halte unsern Beamtenkörper noch für so gesund, daß er die Kraft zur Selbstreinigung besitzt.“

Der Herr Minister hätte aber den Begriff „dienstliche Indiskretionen“ doch einigermaßen erläutern müssen. Wir verstehen unter „Indiskretion“ ein unbefugtes, rücksichtsloses Ausplaudern von Tatsachen aus purer Schwatzhaftigkeit, lediglich mit der Absicht, die Öffentlichkeit zu beunruhigen. Es kann jedoch nicht von Indiskretionen gesprochen werden, wenn ein Beamter an die Öffentlichkeit herantritt, um tatsächliche Mißstände, zu deren Abstellung ihm sonst kein Mittel in die Hand gegeben ist, bloßzustellen, um so die gesetzgebenden Körperschaften auf diese Mißstände aufmerksam zu machen. Dienstliche Indiskretionen, die unlauteren Absichten entspringen, verurteilen wir ebenso wie der Finanzminister. Dagegen nehmen wir ganz energisch Stellung gegen eine Auffassung, die den Beamten unter allen Umständen einen Maulkorb anlegen will, um auf diese Weise unliebsamen Erörterungen auszuweichen. Wir halten unsern Beamtenkörper noch für so gesund, um gegebenenfalls im Interesse des Staates und der Öffentlichkeit, denen er dient, aus der Zurückhaltung herauszutreten und deutlich durch die Vermittlung der Tageszeitungen auszusprechen, wo nach seiner Ansicht der Hebel anzusetzen ist. Das Einhalten des vorschriftsmäßigen Weges zur Anbringung von Bedenken, also des Vorstelligwerdens bei der vorgesetzten Behörde selbst, wäre auch unseres Erachtens der einfachere Weg, wenn man das Vertrauen haben könnte, daß die Wirkung dieselbe wäre, wie die Flucht an die Öffentlichkeit. Wir sind jedoch der Ansicht, daß ein Beamter, der sich unterziehen würde, die Anordnungen seiner vorgesetzten Behörde „vorschriftsmäßig“ zu kritisieren, kein zweites Mal Gelegenheit hätte, dies zu tun. Aus diesem Gesichtspunkte heraus entspringt auch der Schmerzensschrei des Finanzministers: „Ich sehe den Indiskretionen ziemlich machtlos gegenüber, weil es kaum möglich ist, den schuldigen (? D. Red.) Beamten herauszufinden.“

Sauptächlich im Zusammenhang mit der „Bahnhofseröffnungssaffäre“ und in der damit zusammenhängenden Affäre Reich-Schneider ist viel von Indiskretionen die Rede gewesen. Unsere Darlegungen damals, die sachmännischer Feder entsprangen, werden auch von gegnerischer Seite als den Tatsachen entsprechend bezeichnet. So hat sich der Abgeordnete Seubert, der bekanntlich selbst Sachmann ist, in einer Sitzung der Zweiten Kammer dahin geäußert, daß der „Volkshfreund“ in dieser Hinsicht gut unterrichtet war. Wir weisen u. a. darauf hin, daß es in unserer Zeitung lange vor Eröffnung des Karlsruher Bahnhofes nicht an Stimmen fehlte, die vor einer allzu überhastigten Inbetriebnahme warnten. Hätte man auf diese Stimmen gehört, dann wäre die hadische Eisenbahnverwaltung vor einer großen Blamage bewahrt geblieben und den Urheber dieser vermeintlichen „Indiskretionen“ hätte man sicherlich den Mangel an großzügiger Interessenvertretung nicht zum Vorwurf machen können. Ueber die Ursachen der Betriebsstörungen gab es von Anfang an im „Volkshfreund“ nur eine Stimme, die den „Nebel“ nicht anerkannte. Glänzender als wie es die Landtagsverhandlungen ergaben, hätten die Ausführungen unseres Gewährsmannes nicht gerechtfertigt werden können. Demgegenüber müssen wir doch auf den Umstand hinweisen, daß die Generaldirektion sowohl als auch das Ministerium von Anfang an zähe daran sethielten, daß nur der Nebel an den Störungen schuld sei. Welches Gefühl müssen wohl die Beamten

(Subalternbeamten) gehabt haben, die an der Eröffnung sich beteiligt haben, wenn sie immer und immer mitanhören mußten, wie ihre obersten Chefs mit dem „Nebel“ herumgingen und sich so wenig sachlich unterrichtet zeigten. Die Ausführungen über den Zusammenhang der Bahnhofseröffnung mit den Personalverschiebungen hat man natürlich sofort zu widerlegen gesucht, allerdings mit negativem Erfolg. In der Befetzung dieser obersten Posten der Eisenbahnverwaltung ist die Öffentlichkeit ganz wesentlich interessiert; wir müssen unbedingt Charaktere auf solchen Posten wissen, keine Tendenzorgane. Das Interesse des Staates und der Allgemeinheit muß diesen Beamten über das eigene persönliche Interesse gehen. Daran hat es aber den Inhabern der beiden Posten, die bei der Bahnhofseröffnung eine Rolle spielten, gefehlt. Hierin gehen wir wohl einig mit dem Finanzminister.

Nur bei gesunder Kritik kann ein derartiger Betrieb wie unsere Eisenbahn gesund erhalten werden. Wir halten unsern Finanzminister viel zu weitläufig, als daß er unter allen Umständen einer Kritik, die in den Grenzen bleibt, unterdrücken möchte, auch wenn sie von seinen Untergebenen ausgeht. Der Minister kann sich nicht überall überzeugen, ob seine Absichten auch verwirklicht werden; die öffentlichen Auslassungen können ihm hierin oft gute Fingerzeige geben. Solange der Beschwerdeweg für die Beamten ein „schwerer Weg“ ist, solange hier wie auch bei andern Staatsbehörden eine gegenseitige Auffassung als Staatsverbrechen angesehen und dem Grundgesetz gehuldet wird: „Wer aufmuckt, fliegt oder wird verfehlt“, solange gibt es bei tatsächlichen, tiefgehenden Mißständen im Staatsbetrieb für die Staatsangestellten nicht nur ein Recht, sondern sogar eine Pflicht zur Flucht in die Öffentlichkeit.

Deutsche Politik.

Die Reichstagsersatzwahl in Koburg

findet in vier Wochen, am 10. Juli, statt. Die rechtsstehenden Parteien suchen unter dem Deckmantel „Nationalliberal“ im Trüben zu fischen. Der Amtsgerichtsrat Dr. Stoll in Koburg ist nationalliberaler Kandidat. Was für eine Art Liberalismus er aber vertritt, zeigt sich in der Bekämpfung seines fortschrittlichen Gegenkandidaten, des Puppenfabrikanten Arnold aus Neustadt, der wieder einmal das Opfer des Durchfalls auf sich nimmt. Der Herr Arnold ist ganz unglücklich darüber, daß er beinahe jetzt mit den Sozials in einen Topf geworfen wird, wo er doch vor einigen Jahren, zum Gaudium für die Wählblätter, alluntertänigst dem Herzogsopar seine Glückwünsche für den Erbprinzen darbrachte, der erst einige Tage später geboren wurde. Und nun kommt noch dazu, daß die Bürgerlichen sich schon jetzt dahin verständigt haben, zwar getrennt zu marschieren, dann aber — wenn es nämlich zur Stichwahl kommt! — die Sozialdemokratie bereit zu schlagen. Das soll sogar so eine Art nationale Geburtstagsgabe für den Herzog werden; deshalb will man die Stichwahl schon am 17. Juli stattfinden lassen, damit man ihm dann den Sieg der nationalen Sache auf den Geburtstagsstisch legen kann. Vorläufig haben die Herrschaften aber noch eine Follenangst, weil sie befürchten, das Koburger Volk könnte in seiner Mehrheit als Quittung für die absolutistischen Neigungen, die ja die Veranlassung zu dieser Ersatzwahl gegeben haben, sich diesmal gleich für den Kandidaten der Sozialdemokratie, Rechtsanwalt W. Hofmann in Hof, entscheiden. Was von uns getan werden kann, in diesem Sinne zu wirken, das wird jedenfalls gechehen unbeschadet der Extraladungen von Schmutzkübeln, die die bürgerlichen Parteien sich zum Wahlkampf verschrieben und von denen sie schon jetzt den reichlichsten Gebrauch machen.

Deutsche Einheitsstenographie.

Am 20. und 21. d. M. wird im preussischen Kultusministerium wieder eine Sitzung der Vertreter der größten deutschen stenographischen Schulen stattfinden, um den Bericht des Unterausschusses für die Prüfung verschiedener Systeme auf ihre Geeignetheit für eine Einheitsstenographie in Empfang zu nehmen. Auch Vertreter aus Oesterreich sind in dem Ausschusse. Es besteht daher die Möglichkeit, daß die neue deutsche Einheitsstenographie, wenn sie zustande kommt, auch in Oesterreich zur Einführung kommt.

Das Volk in Waffen.

Zu den diesjährigen Reserve- und Landwehrladungen werden in Preußen insgesamt 416 960 Personen einberufen. Die Zahl der diesjährigen Mehr-einberufungen der Mannschaften des Beurlobtenstandes gegenüber dem Vorjahre beträgt 57 300 Mann. — Molooh Militarismus wird von Jahr zu Jahr anspruchsvoller, denn der deutsche Michel ist ja gedulbig.

Fuhrmann predigt Einigung.

Die altnationalliberale Korrespondenz begeistert sich für die Einigkeit der nationalliberalen Partei. Das ist jedenfalls neu und originell. Sie behauptet, gewisse Leute steigerten die in einzelnen Parteikreisen vorhandene oder

vermutet Mißstimmung durch heftige Auslassungen und hofften auf diese Weise für den kommenden Vertretertag einen Verhandlungston und eine Diskussion zu erzwingen, an deren Ende die Sezession links oder rechts stünde:

Diese Hoffnungen, wie man sie zumal auf der Linken beobachten kann, werden sich als völlig eitel erweisen. Wenn eine starke, durch Abspaltungen nicht geschwächte nationalliberale Partei notwendig war, dann in diesen ersten Zeiten. Die auswärtige Lage rückt immer gebietender, vorweg vor allen übrigen parteipolitischen Erwägungen in den Vordergrund vaterländischer Politik. Für diesen Fall die nationalliberale Partei in ihrem Geiste und in ihrer nationalliberalen Stofkraft zu schwächen, wäre verkehrter Bahnfinn.

Man darf tatsächlich davon überzeugt sein, daß Herr Fuhrmann die nationalliberale Einigkeit ernsthaft will, nur muß die Partei sich eben auf dem Boden des altnationalliberalen Programms zusammenfinden. Wie sich die Gruppe, die die Harmonie einstweilen durch Etablierung einer Sonderfraktion im preussischen Abgeordnetenhaus anstrebt, die nationalliberale Politik im übrigen denkt, geht auch aus der Betrachtung hervor, die Herr Fuhrmann dem Fall W a d e r widmet:

An Baden bleibt Herr Wader für die Nationalliberalen — gleichviel ob er diese oder jene „Formulierung“ für sein Verhältnis zur kirchlichen Autorität findet — der alte Gegner. Aber die badischen Verhältnisse sind für die im übrigen Reich nicht maßgebend. Die Sammlungsliste, der wir im Interesse der Niederringung der Sozialdemokratie das Wort reden, bleibt für uns durch den „Fall Wader“ unberührt. Denn das, was dieser „Fall“ offenbart, haben wir schon vorher gewußt. Die Tatsache, daß sich eine politische Partei kirchlich in gewissem Grade gebunden fühlt, vermag uns diese Partei noch nicht als „bündnisfähig“ für alle Fälle erscheinen lassen, sondern nur nicht, weil das religiöse Moment bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie eine hochbedeutsame Rolle spielt.

Früher konnten die Nationalliberalen das Zentrum nicht genug schmähren, weil es die Politik mit der Religion verquickte. Seine Abhängigkeit von Rom machte es unmöglich, das Zentrum als eine politische Partei im allgemeinen und eine deutsche Partei im besonderen anzusehen. Das hat zwar ein Zusammengehen bei den Wahlen zur gemeinsamen Verteidigung der heiligsten Güter des Kapitalismus nicht gehindert, aber es blieb doch Herrn Fuhrmann vorbehalten, daß, was man an den Klerikalen bisher getadelt hat, geradezu als einen ihrer Vorzüge zu proklamieren und sie deshalb als Bundesgenossen im Kampf wider die Sozialdemokratie zu begrüßen, weil sie eben das religiöse Moment in diese Auseinandersetzung hineintragen.

Badischer Landtag.

Die Samstagsitzung wurde durch eine Reihe persönlicher Erklärungen eröffnet. Finanzminister Dr. Rheinboldt teilt auf Wunsch der Witwe des früheren Generaldirektors Eisenlohr mit, daß dieser keine Aktien der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft besaß. Der Fortschrittler M u s e r erklärt, daß das Zentrum an der Offenburger Schieberei unbeteiligt war, während der Zentrumsabg. S p a n g sich endlich entschließt, seine Äußerung über M u s e r mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen. In der Fortsetzung der Einzelberatung des Eisenbahnbauplans wurden noch zahlreiche Wünsche vorgebracht. Abschließend wurde der Voranschlag des Eisenbahnbaues genehmigt.

89. öffentliche Sitzung der 2. Kammer.

gr. Karlsruhe, 13. Juni.

Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr. Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. Rheinboldt und Kommissäre.

Eingänge. Petitionen: des deutschen Wild- und Geflügelhändler-Verbandes zu dem Gesetzentwurf über Abänderung des Jagdgesetzes; der Gemeinderäte von Ebersteinburg, Staufenberg, Selbach und Ottenau, die Erbauung einer elektrischen Bahn von Baden-Baden nach Gernsbach, die Führung der Bahn über Ebersteinburg und Staufenberg bezw. Selbach

betreffend. Ferner ging ein eine Eingabe des Gemeinderats Engen wegen Erbauung einer Bahn von Engen über Nach, Eigeltingen, Ordingen nach Nenzingen mit Anschluß an die Bodensee-Railbahn unter Modifizierung der früheren Eingabe. Von der Generaldirektion der Staatseisenbahnen ist eine statistische Uebersicht der Betriebsergebnisse der badischen Staatseisenbahnen für das Jahr 1913 eingegangen.

Persönliche Erklärungen.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Ich habe in einer früheren Sitzung mitgeteilt, daß der frühere Generaldirektor Eisenlohr nach seiner Zurücksetzung in den Aufsichtsrat der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft eintrat und bemerkte hierzu, daß mir nicht bekannt sei, ob aus Grund des Besitzes von Aktien oder seiner Kenntnisse im Eisenbahnwesen. Die Hinterbliebenen des Generaldirektors legen Wert darauf, festzustellen, daß der frühere Generaldirektor keine Aktien der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft im Besitz hatte. Ich komme diesem Wunsche gerne nach. Im übrigen wäre der frühere Generaldirektor auch über den Verdacht erhaben gewesen, durch Besitz von Aktien irgendwo beinflusst zu werden.

Abg. Wittenmann (Zentr.) berichtigt seine Äußerung zur Bahn in Seebrod im amtlichen Stenogramm, die Anlaß zu Mißverständnissen geben könne.

Abg. M u s e r (Z. Wp.) Abg. Wirth wünschte gestern, daß seitens der Volkspartei ausdrücklich erklärt werden soll, daß an der Offenburger Schieberei das Zentrum weder direkt noch indirekt beteiligt sei. Wir stellen diese Behauptung nie auf, stehen aber nicht an zu erklären, daß das Zentrum nach den gerichtlichen Feststellungen unbeteiligt war.

Abg. S p a n g (Zentr.): Nach dieser Erklärung des Abg. M u s e r fällt der Vorwurf weg, daß der Abg. M u s e r den Wahlkampf mit überhöhten Mitteln geführt hat. Ich nehme deshalb diesen Vorwurf mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Eisenbahnbauplan.

Abg. M a s s a (Fortf.) zieht seinen Antrag bezüglich des Bahnhofs L a h r - D i n g l i n g e n zurück und bittet um Besetzung der Mißstände.

Abg. F i s c h e r (Konf.) bringt Wünsche für die Bahn L a h r - D i n g l i n g e n vor.

Generaldirektor Roth: Die Wünsche für den Bahnhof L a h r - D i n g l i n g e n werden gegenwärtig in der Generaldirektion geprüft. Die Ersparnisse beim Umbau des L a h r e r Bahnhofs lagen in äußeren Umständen begründet.

Abg. N e h m (natl.) bittet um Berücksichtigung der Eingaben des Gemeinderats E m m e n d i n g e n.

Abg. D r. G e r b e r (natl.) spricht zu einer Materiallieferung zum Bahnbau Basel.

Abg. M o r g e n h a l e r (Zentr.) bemängelt, daß am W a s e l e r Bahnhof zwei männliche und zwei weibliche Figuren völlig nachsehen. Könnte man nichts Besseres hinstellen als diese vergangen erregenden Figuren? Ich vermichte in Wasel das badische Wappen.

Präsident Rohrbach: Wir wollen jetzt keine Kunstdebatte führen.

Generaldirektor Roth: Ich erinnere daran, daß in einer früheren Sitzung Minister v. Bodman bereits erklärte, die Darstellung des Radten sei an sich nicht anstößig. Die 4 Figuren in Wasel stellen die 4 Elemente dar. Das badische Wappen konnten wir am W a s e l e r Bahnhof nicht anbringen, da es nicht üblich ist, Hoheitszeichen in anderen Ländern anzubringen, außer bei Grenzstationen.

Abg. S e u b e r t (Zentr.) bringt Wünsche für den W a s e l e r Bahnhof vor.

Nach einigen Bemerkungen des Oberbaurats T e g e l e r und des Abg. M ü l l e r - S p i n g e n (Konf.) bringt Abg. G e r b e r (natl.) Wünsche für die Stationserweiterung S c h a p f e i m vor.

Präsident Rohrbach (natl.) freut sich über die neuen Pläne bezüglich der Verlegung des G ü t e r b a h n h o f s K o n s t a n z nach Petershausen, die eine glückliche Lösung bedeuten. Für die Verlegung werden 2 1/2 Millionen angefordert. Die Interessen von Konstanz verlangen eine Regelung der Frage, die seinen wirtschaftlichen Interessen entgegenkommt. Konstanz darf daher durch den Bahnhof Singen nicht benachteiligt werden. Die Frage des Verschubbahnhofs muß möglichst bald geklärt werden. Die Kommission empfiehlt daher die Annahme des Voranschlags.

Abg. D i e t r i c h (Natl.): Die neuen Pläne entsprechen den Wünschen der Stadt Konstanz. Gegen Streichung eines Verschubbahnhofs in Konstanz müssen wir uns mit aller Energie wehren. Wir haben nichts gegen die Entwicklung der Bahnhöfe in Singen und Radolfzell. Konstanz darf jedoch in seiner Entwicklung nicht gehemmt werden. Man muß daher einen Verschubbahnhof in Konstanz lassen. Konstanz darf nicht träumerhaft behandelt werden. Eine günstige Entwicklung der Stadt Konstanz liegt im Interesse des badischen Staates.

Abg. B e n e d e y (Z. Wp.) freut sich, daß endlich einmal etwas für Konstanz geschah, und zwar in einer Weise, die eine weitere Entwicklung ermöglicht. Am Konstanz Bahnhof sind tatsächlich große Mißstände vorhanden. Die Stadt darf nicht weiter durch Schienenanlagen uff. vom See abgeschnitten bleiben, denn Konstanzs Zukunft liegt am Wasser.

Abg. G r a f (Zentr.) hält die Anlage eines großen Verschubbahnhofs für Konstanz nicht für nötig. Der gegebene Ort eines großen Güterbahnhofs ist Singen.

Abg. N e b m a n n (Natl.): Eine kräftige Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Konstanz ist nötig und man darf dabei nicht wie der Abg. G r a f verfahren, sondern muß auch an die fernere Zukunft denken.

Abg. S e u b e r t (Zentr.): Es dachte in der Kommission niemand daran, den Verkehr von Konstanz wegzunehmen. Auch wir wollen Konstanz geben was es braucht. Wir halten jedoch einen großen Verschubbahnhof in Konstanz nicht für angebracht.

Abg. S c h i r m e i s t e r (Zr.): Wir wünschen der Stadt Konstanz gutes. Aber den Städten Singen und Radolfzell darf der Verkehr nicht entzogen werden. Der jetzige Plan der Verlegung ist befriedigend. Wenn, wie jetzt zugeklagt wird, in Petershausen ein Verschubbahnhof errichtet wird, der Singen und Radolfzell nicht beeinträchtigt, so ist dies recht.

Abg. D i e t r i c h (Natl.): Der Verkehr ist die Grundlage einer weiteren Entwicklung der Stadt Konstanz.

Finanzminister Dr. Rheinboldt freut sich über die Klärung in der Konstanz Bahnhofsfrage. Es lagen zwingende Gründe für diese Vorlage vor. Nach größter Anstrengung konnten wir bisher nur Vorprojekte bearbeiten. Die Verhältnisse im Bahnhof in Konstanz verlangen keine Verzögerung. Es handelt sich nicht nur um Wünsche der Stadt Konstanz, sondern auch um betriebliche Gründe. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen den Bahnhöfen in Singen und Konstanz, weshalb beide Fragen gemeinsam zu erörtern sind. An einen Güterbahnhof großen Stils in Konstanz dachte niemand. Doch müssen wir die berechtigten Interessen der Stadt Konstanz fördern. Denn wir freuen uns, daß diese schöne Stadt eine badische ist. Wir wollen bei der Bahnanlage an die künftige Entwicklung denken. Zu einer Verunreinigung von Singen und Radolfzell liegt kein Anlaß vor. Wir werden im nächsten Budget Mittel für Singen anfordern. Ein Verschubbahnhof in Singen ist notwendig. Der Staat hat lauter liebe Kinder, für die er sorgt. (Abg. Roth: Mit Ausnahme der Sozialdemokraten.)

Abg. B e n e d e y (Z. Wp.): Der Abg. G r a f erging sich in überflüssigen Sorgen. Denn es denkt niemand daran, unnütze Millionen auszugeben. Es sollen nur die gerechtfertigten Wünsche erfüllt werden. Man hätte heute für dieses Projekt schon Pläne vorlegen sollen.

Präsident Rohrbach (natl.) berichtigt eine Äußerung des Abg. S e u b e r t (Zentr.) bringt Wünsche für das Ueberholungsgleise in Neudorf vor.

Abg. B i t t e r (Natl.) bedauert, daß infolge mangelnder Bestellungen die Waggonfabriken nicht genügend beschäftigt sind. Abg. N i e b e r b i l l (Natl.) äußert sich in ähnlichem Sinne. Man sollte nicht soviel Mühe auf die Preise nehmen.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Wir nehmen auf die heimschen Waggonfabriken weitgehend Rücksicht. Bis Juni bestellen wir für über 6 Millionen Mark Waggon. Die beiden Firmen treiben gewissermaßen etwas Raubbau, indem sie sich jetzt schon die Aufträge für 2 Jahre sichern. Wir zahlen den badischen Waggonfabriken immer höhere Preise als nach auswärts. Oberbaurat C o u r t i n: Mit unseren Vorschriften bezüglich Lieferungsfrist verlangen wir nichts Unbilliges.

Abg. Reichthalb (Soz.):

Die Bevölkerung von Friedrichsfeld freut sich, daß der Friedrichsfelder Bahnhofbau seiner Vollendung entgegengeht, schon deshalb, weil im alten Bahnhof noch die schiefen Gleise überdacht sind. Da der Verkehr ein außerordentlich großer ist, ist die Befestigung der Gleise dringend erforderlich. Gegenwärtig ist die Gemeinde Friedrichsfeld, daß die Unterführung an der Offseite 6 Meter breit sein soll, statt 5 Meter. Der Staat verlangt nun von der Gemeinde, daß sie diesen Meter laufen soll. Dieses Verlangen ist unbillig, denn die Gemeinde Friedrichsfeld hat in dieser Sache Opfer genug gebracht, so daß man nicht verlangen kann, daß sie noch mehr tut. Die Einwohnerzahl ist erbittert darüber, daß die Ueberführung beim badischen Bahnhof zu spät sei. Es bestehen lebhaft Klagen darüber, daß man das Projekt nicht so ausführte, wie ursprünglich beabsichtigt wurde. Jetzt sollte Eisenkonstruktion genommen werden, dann würde jedoch Eisenbeton verwendet. Ich bitte die große Regierung, daß bei der Unterführung an der Offseite nicht wieder die gleichen Fehler gemacht werden, wie im ersten Falle.

Abg. M ü l l e r - W e i n h e i m (Natl.) bringt Wünsche für die Bahnanlage Weinheim vor.

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution. Von Anatole France.

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Der alte Brotteaux trat den Heimweg an. Er trug keine Verdächtigen auf der Spitze einer Stange, und die Kinder ulkten ihn an, denn sie hielten ihn für einen Säufer mit Rattengift. Er machte sich trübe Gedanken. Er lebte zwar nicht ausschließlich von seinen Puppen; er malte auch Bilder zu zwanzig Sous in den Hofeinfahrten der Häuser und in einem Gewölbe der Markthalle. In Gesellschaft von Flickschneiderinnen, und viele junge Weiber, die ins Feld rückten, schenken ihrer Liebsten zum Abschied ihr Kontorfei. Aber diese kleinen Arbeiten machten ihm große Mühe, und seine Porträts gelangen ihm bei weitem nicht so, wie seine Kampelmänner. Auch schrieb er bisweilen Briefe für die Marktweiber; da aber die „Damen der Halle“ royalistisch gesinnt waren, so lief er große Gefahr, in Komplotte verwickelt zu werden. In der Rue Neuve des Petits Champs, unfern der ehemaligen Place Vendome, wohnte, wie ihm einfiel, ein anderer Spielwarenhändler namens Joly; er nahm sich vor, am nächsten Morgen zu ihm zu gehen und ihm die Kampelmänner anzubieten, die Caillou aus Feigheit abgelehnt hatte.

Ein feiner Sprühregen fiel. Brotteaux fürchtete, daß seine Puppen verdürben, und beschleunigte die Schritte. Als er über den dunkeln und menschenleeren Pont-Neuf kam und nach der Place de Lionville einbog, erblickte er auf einem Pflasterstein einen bageren Greis, der von Hunger und Ermüdung erschöpft schien, aber ein ehrwürdiges Aussehen hatte. Er trug einen zerissenen langen Ueberrock, war ohne Hut und schien über sechzig Jahre alt. Beim Näherkommen erkannte Brotteaux den Vater Longuemare, den er vor sechs Monaten von der Katerne gerettet hatte, als sie beide vor dem Wädeladen in der Rue Jerusalem-Quene standen und warteten. Da er ihm schon einmal

dienlich gewesen, so trat er auf ihn zu, gab sich als der Steuerpächter zu erkennen, der eines Tages bei großer Feuerung mit ihm unter dem Pöbel gestanden hatte und fragte ihn, ob er ihm nicht zum zweitenmal helfen könnte. „Sie sehen müde aus, mein Vater. Trinken Sie einen Schluck Brantwein.“

Damit zog er aus der Tasche seines flobraunen Rockes eine Schnapsflasche, die er neben seinem Lufrer trug. „Trinken Sie, dann werde ich Sie nach Ihrer Wohnung bringen.“

Der Wönd wies die Schnapsflasche ab und versuchte aufzustehen. Doch er sank auf seinen Stein zurück. „Mein Herr,“ versetzte er mit schwacher, aber sicherer Stimme, „seit drei Monaten wohnte ich in Picpus. Ich erfuhr, daß man gestern um fünf Uhr nachmittags zu mir gekommen sei, um mich zu verhaften, und so bin ich in mein Quartier nicht zurückgekehrt. Ich habe kein Obdach. Ich irre durch die Straßen und bin etwas müde.“

„Dann, mein Vater,“ sagte Brotteaux, „erweisen Sie mir die Ehre, meine Dochstube mit mir zu teilen.“

„Ich bin verdächtig, mein Herr,“ erwiderte der Barnabit; „verstehen Sie mich wohl.“

„Ich auch,“ versetzte Brotteaux, „und mein Kampelmänner desgleichen, und das ist das Schlimmste. Sie sind unter dieser dünnen Leinwand dem Regen ausgesetzt, der uns durchdringt. Denn, wissen Sie, mein Vater, nachdem ich Kälner gewesen, verfertige ich jetzt Kampelmänner, um mein Leben zu fristen.“

Der Vater ergriff die Hand, die ihm der einftige Finanzmann darbot, und nahm seine Gastfreundschaft an. In der Dachstube setzte ihm Brotteaux Brot, Käse und Wein vor, den er zur Kühlung in die Dachrinne gestellt hatte, denn er war ein Sybarit.

Nachdem der Vater Longuemare seinen Hunger gestillt hatte, sagte er:

„Ich muß Ihnen mitteilen, welche Umstände zu meiner Flucht geführt haben, und wie es kam, daß ich halb tot auf dem Stein lag, auf dem Sie mich fanden. Als ich aus meinem Kloster vertrieben war, lebte ich von der fargen

Rente, die mir die Nationalversammlung zahlte. Ich gab Unterricht in Latein und Mathematik und verkaufte Schriften über die Verfolgung der französischen Kirche. Ich schrieb sogar ein größeres Werk, um den Nachweis zu führen, daß der Eid der Priester auf die Verfassung der geistlichen Disziplin widerspricht. Die Fortschritte der Revolution raubten mir alle Schüler, und meine Pension wurde mir vorenthalten, da ich den gesetzlich vorgeschriebenen Bürgerchein nicht hatte. Um diesen zu bekommen, ging ich ins Rathaus, in der Ueberzeugung, ihn verdient zu haben. Als Mitglied eines Ordens, der vom Apostel Paulus gegründet ist, welcher sich auf sein römisches Bürgerrecht berief, glaubte ich nach seinem Vorbilde mich als guter französischer Bürger bezeichnen zu können, der alle menschlichen Gesetze achtet, solange sie nicht in Widerspruch mit den göttlichen stehen. Ich ging mit meinem Anliegen zu Herrn Colin, Schlächtermeister und Stadtrat, der die Ausstellung dieser Karten unter sich hatte. Er fragte mich nach meinem Stande. Ich gab an, daß ich Priester sei. Er fragte, ob ich verheiratet wäre, und als ich dies verneinte, sagte er: „Um so schlimmer für Sie.“ Nach mehreren anderen Fragen wollte er schließlich wissen, ob ich meine Gesinnung am 10. August, 2. September und 31. Mai bewiesen hätte. „Nur die können einen Bürgerchein erhalten“, sagte er, „die ihre Gesinnung bei dieser drei Anlässen bewiesen haben.“ Ich konnte ihm keine befriedigende Antwort geben. Trotzdem schrieb er sich meinen Namen und meine Adresse auf und versprach meinen Fall prompt zu untersuchen. Er hat Wort gehalten. Die Folge seiner Untersuchung war, daß in meiner Abwesenheit zwei Kommissare des Sicherheitsausschusses von Picpus mit der bewaffneten Macht in meine Wohnung kamen, um mich ins Gefängnis abzuführen. Ich weiß nicht, welches Verbrechen man mich beschuldigt. Aber wie Sie zugeben werden, ist Herr Colin zu bedauern. Sein Geist ist so verwirrt, einem Geistlichen einen Vorwurf daraus zu machen, daß er am 10. August, am 2. September und am 31. Mai seinen Bürgerchein nicht bewiesen hat. Wer eines solchen Gedankens fähig ist, verdient Mitleid.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Antrag Bitter (Nat.) bezüglich Neubau von Bahnen auf dem flachen Lande wird als erledigt erklärt. Hiermit ist die Einzelberatung erledigt. Die aufgerufenen Titel werden genehmigt. Damit ist der Voranschlag des Eisenbahnbaues genehmigt mit Ausnahme der Positionen 2 und 18.

Finanzminister Dr. Rheinboldt teilt mit, daß er bezüglich des Titels 2 in den nächsten Tagen einen Staatsvertrag mit Hessen wegen der Bahn Kedarkeimach-Schönaue vorlegen könne. Ferner haben wir uns bezüglich Titel 18 entschlossen, statt einer Ueberführung auf die Landtrasse beim Niederbühler Tor in Kallstatt, eine Unterführung auszuführen mit einem Mehraufwand von 204 000 Mk. unter der Voraussetzung, daß die Stadt Kallstatt einen angemessenen Beitrag gewährt. Wir zogen deshalb die Position 18 zurück.

Abg. Gühring (Nat.) berichtet namens der Kommission über die Petition der Gemeinden des oberen Schluchtales um Errichtung einer Eisenbahnstation in Seeburg. Die Kommission beantragt, die Petition nach den Erklärungen der Regierung als erledigt zu erklären. Der Kommissionsantrag wird nach einigen Bemerkungen des Abg. Duffner (Zentr.) angenommen.

Dem gestrigen Bericht ist noch berichtigend nachzutragen, daß Abg. Kramer (Soz.) nicht Wünsche für Verbesserung der Verkehrsverhältnisse an der Main-Neckarbrücke vorbrachte, sondern daß der Redner im Interesse des in Betracht kommenden Publikums eine Verbesserung der Bureauverhältnisse an der Eilguthalle am Mannheimer Hauptbahnhof hinsichtlich der Raumanlage wünschte.

Nächste Sitzung: Montag nachmittag 4 Uhr. Tagesordnung: Landgericht Pforzheim, Eisenbahnschulbeteiligungsliste, 2 Nachtragsliste.

Aus den Verhandlungen der Ersten Kammer.

Die Erste Kammer befahte sich in ihrer 13. Sitzung mit dem Unterrichtsplan. Geh. Rat Dr. Wülfel berichtete dabei über den Unterrichtsplan. Er gab der Ansicht der Budgetkommission der Ersten Kammer Ausdruck, daß man den Lehrplan der Fortbildungsschule nicht noch mit dem obligatorischen Religionsunterricht belasten könne. Bürgermeister Dr. Weich aus Eberbach brachte einen Antrag ein, in welchem dem Bedauern Ausdruck gegeben war, daß den Gemeindegliedern keine Möglichkeit mehr gegeben ist, im Volksschulwesen mitzusprechen. Gemeinde und Schulen seien jetzt schon einander entfremdet. In der Debatte findet dieser Antrag vielfach Unterstützung. Kultusminister Dr. Böhm betonte u. a. die liberale Schulgesetzgebung in Baden sei noch von keinem anderen Staat überholt. In der Volksschule müsse der Wille des Staates ausschlaggebend sein. Schließlich wünscht der Minister eine größere Beteiligung der Geistlichen an der Erteilung des Religionsunterrichts. Bei der Abstimmung wird der Antrag Weich mit großer Mehrheit angenommen.

Das Haus befahte sich dann weiter mit den höheren Schulen und berührt dabei auch die Frage der Verwendung der Lehramtspraktikanten. Auch der Kultusminister geht auf diese aktuelle Frage ein und bemerkt dazu, schon vor Jahren sei vor dem philologischen Studium gewarnt worden.

In der Nachmittagsitzung der Ersten Kammer wurde bei der Beratung des Hochschulrats von dem Frhr. v. Göler ein Antrag eingebracht, die Fortakademie in Karlsruhe aufzuheben. In der Debatte betonte Geh. Staatsrat Trösch, der Jubrang zum Studium müsse sich selbst regulieren. Geh. Hofrat Dr. Fabricius trat für eine Verbesserung der Nämlichkeiten für das physikalische Institut in Freiburg ein; sowie für die Errichtung eines Lehrstuhls für Meteorologie, bei welchem eine meteorologische Station auf dem Feldberg verbunden werden sollte. Geh. Hofrat Dr. v. Döbeln dankte der Regierung, daß sie an der Aufrechterhaltung der Fortakademie festhalte. Für die Diplomingenieure müsse ein einheitliches Examen erlassen werden. Der Redner wendete sich gegen den Antrag von Göler, für den Frhr. v. Menzingen eintritt. Minister Dr. Böhm wendet sich ebenfalls gegen den Antrag v. Göler. Dann wird das Hochschulgesetz für angenommen erklärt. Der Antrag des Frhr. v. Göler wird abgelehnt. Am Samstag vormittag setzte das Haus die Beratung bei Künste und Wissenschaften fort.

Badische Politik.

Zur Indizierung Waders

„bringt die hochoffiziöse „Südd. Reichskorrespondenz“ einen längeren Artikel, worin sie entschieden gegen Waders Stellung nimmt. Der jetzige Papst habe wiederholt beklundet, daß er den Gewerkschaftsstreit als eine kirchliche

Angelegenheit betrachte. Wader mußte wissen, daß man in Rom seinen (Essener) Schritt beurteilen werde. Er hätte nur als Priester, nicht als Politiker in jener Frage das Wort ergreifen dürfen. Wader werde die Beurteilung seines Tuns bitter empfinden, aber er könne doch nicht dazu übergehen wollen, der höchsten kirchlichen Autorität die Einmischung in politische Dinge schlechthin zu verbieten. Wader habe im Interesse seiner Partei gehandelt und jenen Integralen den Fehdehandschuh hingeworfen, die — vom kirchlichen Standpunkt gesehen — in durchaus konsequenter und löblicher Weise den einseitigen Konfessionsalismus predigen. Der Artikel schließt wörtlich: „Sollte Wader sich dazu aufschwingen, die Einmischung der römischen Kurie in politische Dinge grundsätzlich abzulehnen, so wäre damit ein Akt von beinahe welt-historischer Bedeutung vollzogen. Eins steht jedenfalls für alle, die die Eigenart des jetzigen Papstes kennen fest, daß er Wader gegenüber von allen Integralen und Intransigenten der Integralen und Intransigente sein wird.“

Jedenfalls darf man neugierig sein wie die Sache noch ausgeht. Wader selbst, der sonst gerne Kilometerartikel in den „Beobachter“ schreibt, hat sich bis jetzt noch mit keinem Wort zu seiner Indizierung geäußert.

Die Enthüllungen der „Neuen Züricher Zeitung“ hat der „Bad. Beobachter“ mit ausgesuchter Grobheit beantwortet. Er schrieb:

Auch dazu kann jeder Kunde nur sagen: Unsinn! Der Mann, der das geschrieben hat, ist in theologischen Dingen ein Charlatan. Nicht ein Wort von dem, was er schreibt, ist wahr. Tatsache ist, daß die Indizierung nur der betreffenden Schrift gilt und der Verfasser derselben selbst dann nicht gemagtelt würde, wenn er eine befriedigende Erklärung nicht abgibt. Damit sind wir einstweilen mit den Züricher Phantasien zu Ende.“

Jetzt bringt aber die „N. Zür. Ztg.“ einen zweiten Artikel, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Sie schreibt u. a.:

„Gelt, Freunde, ich bin nur verwundert“, ruft der böse König Claudius, nachdem er von Samlet den Todesstoß erhalten hat. Nach diesem Vorbild erklärt Herr Theodor Wader in den Zentrumsblättern: „Zu mir steht der gesamte Klerus Badens mit dem Erzbischof an der Spitze gegen die „Quertreiber“, und nach Entfernung etlicher Widersandlichkeiten aus meiner von Berliner Leberlatosisten denunzierten Broschüre, politischen und nicht theologischen Inhalts, wird das gereinigte Büchlein von neuem erscheinen können.“ Diese Ausflucht ist in allen Teilen falsch. Der Agitator Wader hat nach der stenographischen Aufnahme für Zentrumsblätter am 15. Februar 1914 im Saalbau zu Efen folgendermaßen gelaßt: „Den Ständerelementen und Quertreibern nicht die Mühsal, die wir dem ehrlichen Gegner und selbst dem ehrlichen Feind schuldig sind! Was diese Quertreiber wollen — und ich wiederhole, daß ich keinen ausnehme, sie mögen gestellt sein so hoch sie wollen, sie mögen weltlichen Standes sein oder geistlichen, ich füge sogar bei: Die Quertreiber über geistlichen Standes sind schwerer zu ertragen als die weltlichen; die Quertreiber geistlichen Standes haben eine größere Verantwortung als die weltlichen Standes — ist nicht möglich für das Zentrum. Das wäre der Anfang eines raschen Endes.“ Gerade dieser Ausfall gegen die Erzbischofe v. Hartmann, Kopp und Köber ist vom Kampfbüchlein Waders in seinem Büchlein unterdrückt worden. Solch radikale „Korrektur“ einer Kampfbroschüre erfolgt niemals in guten Treuen. Dagegen etablierte sich der Parteiführer Wader als politischer Papst über die Bischöfe, indem er erklärte: „Ich kann mir nicht gut einen deutschen Bischof denken, der gegen das Zentrum wäre, der nicht für seine eigene Person, wo sich Gelegenheit findet, bei Wahlen oder sonst, sich selbst zum Zentrum bekennt.“ Ein starkes Stück! Die Kirche mit ihren Heilsehern von absoluter Gültigkeit als Ewigkeitswerten ist sich selbstbezogen. Ihre Bischöfe als Nachfolger der Apostel zu Einseitigkeiten eines ephemeren Parteigebildes herabwürdigend und gleichzeitig beweisen, daß genanntes Parteigebilde zu erfolgreichem Gimpelfange sich chemisch „romrein“ geben müßte, ist eine wahre und richtige Särejse. (auf deutsch: Keckerei! D. R.) Diese Wadersche These, zur programmatischen Verteilung des „Reichsausdrucks“ von der Deutschen Zentrumspartei“ aufgestellt, verhöht nämlich nicht allein gegen alle Engherren des zehnten Bius, sondern sogar gegen Papst Leo XIII. „Graves de communi“ und „Nerum Nobarum“ und gegen

das Hirten Schreiben aller deutschen Bischöfe zu Fulda vom 22. August 1900 an ihren Klerus, wonach das weite Gebiet aller sozialen und politischen Fragen der kirchlichen Gesetzgebung und Judikatur unterworfen sei. Gerade aus dem badischen Klerus heraus mehren sich die Stimmen in Oppendorffs gelben Seiten: „Wahrheit und Arbeit“, die wider die brutalen Formen der Waderschen Diktatur protestieren. „In toto“, d. h. in ihrer Gesamtheit und aus Prinzip, ist Waders Schrift „Zentrum und kirchliche Autorität“ verworfen und verdammt. Dagegen hilft kein Heilschrei und Deuteln. Der Jähringer Parteiführer ist vor die Wahl gestellt: Entweder gibt er sein geistliches Amt auf und bereitet als geheimer Epriester landauf, landab seine römfreie Politik, oder er zieht sich nach Abschöpfung seines politischen Programms still in sein Pfarrhaus zurück. Tertium non datur. Nicht minder irreparabel ist die Bloßstellung des Kultusministers Dr. Böhm durch sein Techtelmechtel mit einem Mann, der zeitlebens nur ein Agitator und sonst nichts anderes gewesen ist.“

Was das Techtelmechtel Herrh Böhm mit Herrn Wader anbelangt, so hat, wie bereits mitgeteilt, die amtliche „Karlsruher Zeitung“ auf Grund ihr gewordener Ermächtigung festgestellt, daß Abmachungen irgendwelcher Art zwischen dem Herrn Kultusminister und Herrn Geistlichen Rat Wader oder einem andern Mitglied der Zentrumsparlei nicht stattgefunden haben.“

Dazu bemerkt die „Frankf. Zeitung“: „Dieses Dementi war zu erwarten, denn es wird einem badischen Kultusminister nicht — wenigstens noch nicht — einfallen, sich mit Herrn Wader in einem vertraulichen Pakt über die Richtlinien der einzuschlagenden Politik zu verständigen. Aber an der Tatsache des sehr guten Einvernehmens zwischen Regierung und Zentrum, das in fast auffallend prononzierter Weise bei den letzten Landtagsverhandlungen und am alleruffallensten im Bericht des Kultus und Unterrichts zum Vorschein gekommen ist, ändert das Dementi nicht das Igeringste. Man wird sogar zu der Annahme berechtigt sein, daß der Schmerz, der in diesen Tagen das „nichtkonfessionelle“ Zentrum durchdringt, auch in den Karlsruher Ministerbüros empfindsamem Seelen begegnet. Denn da man mit einer fast ruckhaften Wendung des Stuers begonnen hatte, sich auf die Politik dieses Zentrums zu stützen, bläst der römische Inberwind nicht nur dem Zentrum, sondern auch der Regierung recht unangenehm um die Ohren.“

Nach einer Information der „Kölner Korrespondenz“ wurde die Wadersche Rede nicht wegen gewisser Einzelirrtümer indiziert, die Wagnahme sei vielmehr erfolgt, weil der Vortrag, ganz und gar von dem Kölner Irrtum durchseucht wäre.

Verbandstag der Brauerei- u. Mühlenarbeiter.

K. Samburg, 13. Juni 1914.

In der Woche vom 14. bis 19. Juni tagt in Hamburg der 19. Verbandstag des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Die Tagung erhält ihre besondere Bedeutung durch das fünfundsanzigjährige Jubiläum des Verbandes. Daß Hamburg als Tagungsort gewählt wurde, hat seine historische Berechtigung. In Hamburg wurde im Jahre 1889 der erste Streik der Brauereigesellen geführt, der für die Berufsgenossen in ganz Deutschland von großer Bedeutung werden sollte. Die Streikbewegung ergriff eine ganze Reihe von Städten, in denen die Gesellen durch die Bewegung in Hamburg in Aufregung versetzt wurden. Die Hamburger Führer waren es denn auch, die mit denen von Berlin und Hannover nach dem Fall des Sozialistengesetzes den neuen Verband aus der Taufe hoben. Von Hamburg ging auch die Anregung zu dem Kongreß der Mühlenarbeiter aus, der im Jahre 1889 in Eichenau abgehalten wurde und der zu der Gründung des Müllegesellenverbandes führte.

Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes für die Jahre 1912/13 läßt sich ersehen, daß die Krise auch am Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter nicht spurlos vorübergegangen ist. Zwar ist kein Mitgliederverlust eingetreten, doch hat sich das Tempo der Verbandsentwicklung wesentlich verlangsamt. In den Jahren 1910/11 konnte ein Mitgliedererwerb von 9000 gebucht werden. 1912 wurden noch 3038 neue Mitglieder gewonnen, 1913 waren es aber nur noch 682. In der zweiten Hälfte des letzten Jahres war sogar ein kleiner Rückgang zu verzeichnen. Diese Erscheinung ist ebenso sehr das Resultat des schlechten Geschäftsganges, als das der technischen Entwicklung. Fusionen großer Betriebe und Stilllegung von Brauereien waren keine Seltenheit. In den Mühlenbetrieben macht sich die

kennzeichnete ein alter verdienter Schauspieler das System, dem er mit Verlust seiner Gesundheit sich persönlich bald entzog. Aber viele andere blieben, zehn Jahre lang, sie gewöhnten sich an alles und ertrugen jede Laune, jede Tadel, auch jede Verworfenheit des großen Kunstidealen. Selbst die proletarischen Theaterarbeiter ließen sich Unglaubliches gefallen. Sie unterschrieben auch alle die Ehrenurkunden für ihren Direktor und noch in dieser Verhandlung wollten zahlreiche Angehörige gar nichts Schlimmes beobachtet haben und ließen sich erst nach langem Zureden durch den Vorsitzenden herbei, einige Gehändnisse zu machen. Eine alte Souffleuse behauptet sogar, es sei beim Volkstheater besser gewesen als bei den anderen Bühnen, namentlich auch besser als bei dem berühmten Max Reinhardt, von dem sie wegen schlechter Behandlung weggegangen.

Woher diese furchtbare Gebuld? Die Furcht vor dem Hunger, die Angst vor den Chikanen ließ sie dulden und schweigen. Der Mäcker und Befreier kam auch gar nicht aus dem Kreise der Schauspieler. Es war der Sekretär des Direktors, sein Vertrauter in allen Dingen, der der Genossenschaft das Anflugmaterial gab. Zehn Jahre lang hatte dieser merkwürdige Mann in dem dunklen Loch, in dem er arbeiten mußte — seit dem Juni vorigen Jahres bis jetzt hatte er keinen einzigen Tag frei — mit wachsendem Groll, stummer Erbitterung und stichem Herzen das Treiben des Reichens neben ihm beobachtet, bis er endlich entschlossen zur Tat schritt.

Die Einzelheiten jener Verirrungen und geschlechtlicher Höflichkeit waren über alles Maß widerlich. Aber auch hier duldete die weiblichen Mitglieder die Gelüste ihres Herrn. Eine der Zeuginnen, die als blutjunges Mädchen zu Schrupf kam und nach den Volkstheatererfahrungen die Bühne wieder verließ, eine Tochter aus gebildetem Bürgerhaufe, erzählte, warum sie die unflätigen Griffe des Direktors schweigend hinnahm; sie hatte schon in Meisen Derartiges erfahren, dort war es der Regisseur. Mit flugem Bemühen hatte der Sachverständige, der alte Herr von Koffart, der im übrigen den Kläger für vollkommen unwürdig erklärte, ein Theater zu leiten, den Nimbus des Theaters zu retten unternommen; er sprach davon, daß er in den 63 Jahren und an den 217 Bühnen, an denen er gespielt, dergleichen nicht gesehen und gehört habe. Amso dankte er für den Direktor des Volkstheaters, wenn auch durchaus noch keine Entlastung des Theaters im allgemeinen.

Indessen, es wächte unter gewerkschaftlicher Zucht und Stöckung ein neues Geschlecht von Schauspielern heran, die sich im Gefühl der Würde ihrer Organisation tapfer wehren, und sich in ihrem Menschentum nicht mehr erniedrigen lassen. Die Ver-

Um die Menschenwürde.

Sozialpolitisches und Rechtliches zum Münchener Theaterprozeß.

Zehn Jahre lang hat der Direktor des Münchener Volkstheaters Ernst Schrumpp eine Herrschaft ausgeübt, die nach dem am Montag unter dem Vorsitz des bekannten „guten Richters“ Mayer gefällten Urteil ihn dauernd unfähig macht, ein Theater zu leiten. Zehn Jahre lang haben die Mitglieder dieses Kunstinstituts die heillosen Zustände gebuddelt, hat die Polizei, die in den Werken der Dichter jedes Wort prüfen, solche Verhältnisse unter ihren Augen sich entwickeln lassen. Wohl wurde zuvor schon einmal die Öffentlichkeit angerufen. Aber das Ergebnis war, daß die Schauspieler, die sich über geschlechtliche Mißbrauch zu beklagen hatte, wegen Verleumdung vom Gericht verurteilt wurde. Es half nichts, daß das Organ der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger „Der neue Weg“ öffentlich auf die schwere Warnungsliste gesetzt. Im Gegenteil, die Mitglieder des Theaters protestierten fast einmütig öffentlich gegen das eigenmächtige und brutal einseitige Vorgehen des Rechtschreibbüros.“ Erst dan veröffentlichte „Der neue Weg“ den jetzt unter Anklage stehenden Artikel, in dem die Rede war von der Rücksichtslosigkeit eines Sklavenhändlers, den widerlich-unfähigen Einzelheiten seines Lebens; in dem Schimpf ein Schädlings genannt wurde, der das Theater verpestet und verheult habe, der mit den in seine Hand gegebenen Menschen Schindluder getrieben habe, der weder Scham noch Schande fühle, ein brutaler Lüstling sei und sein Theater in ein Privatbordell geiler Lustlinge verwandelt habe.

Weber diesen Artikel wurde dreieinhalb Tage verhandelt, mit dem Ergebnis, daß er trotz aller unerhört scharfen Wendungen für straffrei erklärt wurde. Der Prozeß hat die ganze Schande der Abhängigkeit in brennenden Bildern vor alle Augen gerückt. Die Freispredung aber, die den Abschluß bildete, wirkt begleitet die lächerliche, ungenüßliche Begründung, mit der das Urteil begleitet wurde, wie ein Manifest der Menschlichkeit gegen Ausbeutung und Verflawung, das durch seine sozialpolitischen Grundzüge und seine über den gewöhnlichen Formalismus der Justiz sich erhebende Vernunft juristisch weit über den Einzelfall, ja auch weit über das Gebiet des Theaters überhaupt, sich erhebt.

Der Leiter des Münchener Volkstheaters ist durch seine zehnjährige Tätigkeit ein wohlhabender Mann geworden. Man hat in den Verhandlungen, die unendlich reich an Spannungen

und Erregungen waren und die mit seltener Unbefangenheit unter der meisterrischen Leitung des Vorsitzenden auch die abscheulichste Wahrheit ans Licht brachten, die künstlerischen Qualitäten dieses Theaters außer acht gelassen; man hat die künstlerischen Verdienste, die namentlich auch der als Sachverständige des Klägers geladene Herr von Koffart rühmte, fast widerstandslos anerkannt. Tatsächlich ist diese Bühne, trotz gewisser aufdringlicher sozialistischer Bemühungen des Leiters, ein Volkstheater im vollen Sinne; trotz klassischer Vorstellungen und Deranziehung berühmter Gäste — kürzlich erst gastierte die Durieux — ist es nicht viel mehr als eine Schmeiere, deren rein finanzielle Interessen durch den patheistischen Schiller-Mental des Direktors nicht verhillt werden können.

Wie der Theaterdirektor, abgesehen von der Bevorzugung über Schwänke, zu seinem Vermögen gekommen ist, hat der Prozeß gezeigt. Der Vorsitzende befragte jeden Schauspieler, der als Zeuge vernommen wurde, wie seine persönlichen und die allgemeinen Verhältnisse dort seien. Es ergab sich, daß man mit jungen Anfängern spielt, deren Löhne zwischen Null und 30, 40, 50 Mark schwanken. Einer zu verhältnismäßig hoher Gage engagierten Künstlerin wurde nach dem berechtigten Protest monoton bedroht, daß sie für erste Rollen nicht geeignet sei, sie könne sie aber trotzdem spielen, wenn sie ein Jahr lang auf jede Gage verzichte. Sie nahm dieses Angebot nicht an und büßte diese vierwöchentliche Tätigkeit am Volkstheater mit einem Verlust von mehr als 600 Mk., von denen allein 400 Mk. für Kostüme ausgegeben werden mußten. Ein Schauspieler, der die Mietschulden von 15 Mk. hatte, mußte für die Ausstattung einer einzigen Rolle 200 Mk. aufwenden; und als der Direktor dann noch verlangte, daß er sich für diese Rolle Rittertriefel zum Preise von 70 Mk. kaufe, und der Schauspieler sich weigerte, kam es zu einem wilden Krach. In einem Chor von laffebrauntrifolierten Mädchen erdienen eines in einem hellgelben Trikot. Der künstlerische Direktor fiel in einen Tobsuchtsanfall, obwohl es klar war, daß sich die unglückliche Hellsäge auf natürlich Weise kein neues Trikot kaufen konnten, das mehr kostete als die ganze Monatsgage betrug. So wird man durch Kunst fürs Volk reich!

Über der ehrenwerte Direktor demühte sich, auch diese losenlose Anfänger auf die Höhe seiner Kunstschätzung emporzuheben. Er schimpfte und fluchte, er begriff sich an den Mitgliedern tödlich, selbst weißhaarige Greise waren vor seiner Brutalität nicht sicher, wie kräftige gesunde junge Leute in Weintränke versinken, wenn sie der Direktor auf seine Weise künstlerisch hob. Es flog fortwährend Dreck durch die Luft, so

technische Entwicklung nicht minder deutlich bemerkbar. Wo ebenedem 100 Arbeiter ihr Brot verdienen konnten, werden heute nur noch 20 Arbeiter gebraucht. Mit Rücksicht auf diese Umstände kann es wohl befriedigen, wenn der Verband in den beiden Jahren seine Mitgliederzahl von 47 069 auf 51 321 (darunter 1431 weibliche) steigerte.

Bei den Lohnbewegungen tritt auch im Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter mehr und mehr zu Tage, daß der Unternehmer durch den „juristisch gebildeten“ Sekretär als Unterhändler ersetzt wird, was dem ruhigen Verlauf der Bewegungen nicht förderlich ist. Der Umfang der Bewegungen war geringer als 1910/11, doch sind die Erfolge im Verhältnis nicht geringer. Es wurden 748 Angriffsbewegungen in 1300 Betrieben und mit 33 806 beteiligten Personen geführt. In 97 Fällen kam es zu Streiks, an denen 3930 Personen beteiligt waren. Erreicht wurden insgesamt in den Jahren 1912/13 für 18 993 Personen 50 468 Stunden Arbeitszeitverlängerung pro Woche und für 67 091 Personen 63 757 M. Lohnerhöhung pro Woche.

Die Tarifverträge erlangen eine immer größere Bedeutung. In den beiden Jahren wurden 618 Verträge abgeschlossen, beziehungsweise erneuert, jedoch am Jahreschlusse 1913 1008 Verträge für 1884 Betriebe und 59 911 Personen Gültigkeit hatten. Die Unternehmer erstreben eine Erweiterung des Geltungsbereichs der Tarifverträge und möglichst einheitliche Weltaufstellungen für größere Gebiete.

Die gesamten Einnahmen des Verbandes im Laufe der beiden letzten Jahre belaufen sich in runden Summen auf 2 490 000 und die Ausgaben auf 1 956 000 M. Das Vermögen in der Hauptkasse stieg von 1 166 000 M. auf 1 700 000 M. für die Krankenunterstützung wurden 465 000 M., für die Arbeitslosenunterstützung 177 000 M., für Unterstützung bei Streiks und Ausperrungen 146 000 M. und für alle Unterstützungen insgesamt 937 000 M. verausgabt. Für die Agitation mußten 114 000 M. und für die Lohnbewegungen 170 000 M. verausgabt werden.

Der letzte Verbandstag beauftragte den Vorstand, zur Stärkung der Hauptkasse eine Vorlage über die Neuordnung der Beiträge und Unterstützungen auszuarbeiten. Die Beiträge sollen durchweg um 10 Pfg. erhöht werden. Dieser Gegenstand und die Aussprache über die Abgrenzung der Organisationsgebiete werden den Verbandstag vor allem beschäftigen. Von mehreren Vorschlägen, darunter Hamburg, Leipzig, Halle, liegen Anträge vor, die die Gründung eines Verbandes für die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel zum Ziele haben. Wir werden über die Verhandlungen berichten.

Kommunalpolitik.

Bürgermeisterwahl in Meßkirch. Bei der Bürgermeisterwahl in Meßkirch wurde der bisherige Bürgermeister Weichardt, der kürzlich sein Amt niedergelegt hatte, mit 38 von 39 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Die absolute Mehrheit betrug 35 Stimmen. Das Zentrum übte Wahlenthaltung.

Soziale Rundschau.

Reisebeihilfen zum Besuch der Buchgewerbe-Ausstellung. Zum Besuch der Internationalen Ausstellung für das Buchgewerbe in Leipzig hat die Stadt Mannheim den Arbeiterorganisationen im graphischen Gewerbe einen Beitrag von 2000 M. gewährt. Einzelnen Reiseteilnehmern soll ein Reiseaufschlag bis zu 35 M. gegeben werden.

Aus der Partei.

Möden, 13. Juni. Der sozialdemokratische Verein hielt am vergangenen Sonntag seine Mitgliederversammlung ab. Dieselbe war im Verhältnis der Mitgliederzahl sehr schlecht besucht. Hauptsächlich legten die Genossen diese Flauheit jetzt endlich einmal beiseite und bringen dem Versammlungsbesuch mehr Interesse entgegen wie bisher. An Stelle des von hier scheidenden Genossen Alfred Seidel, welcher bisher Vorsitzender war, wurde der Genosse Karl Neuchel gewählt. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde von den Genossen an dem Verhalten einiger Bürgerausschuhmitglieder eine scharfe Kritik geübt. Bei den letzten Verhandlung ließ eine ganze Anzahl prächtiger Gestalten dieser neuen Art hervortreten. Und nicht selten schien sich der Gerichtssaal in eine Bühnenszene zu verwandeln, in der der Sieg der Menschenwürde über alle Unterdrückung vornehmend dargestellt wurde. Aus solchem Gefühl ist offenbar auch das Urteil und seine Begründung geformt worden.

Nicht nur den kapitalistischen Terrorismus im Gebiete des Theaters, sondern jeden Ausbeuter und jeden Sklavenvogel treffen die Worte der Urteilsbegründung: „Das Gericht hat tatsächlich die Ueberzeugung gewonnen, daß der Kläger dauernd unwürdig ist, Theaterdirektor, Leiter einer Bühne zu sein. Er hat in jeder Beziehung das vermissen lassen, was von dem Vorstand eines Instituts an sich, was man von dem Vorgesetzten einer größeren Zahl Angestellter verlangen kann. Es fehlt ihm jedes Verständnis für die sozialen Forderungen der Zeit. Wenn der Angeklagte den Privatkläger einen Sklavenvogel genannt hat, so ist dieses objektiv beleidigende Wort inhaltlich insofern als wahr erwiesen worden, als Schrumpp tatsächlich die ihm unterstellten Menschen nicht behandelt hat, wie freie Menschen zu Beginn des 20. Jahrhunderts behandelt werden sollen, sondern so, wie vielleicht unfreie Menschen anderswo und in früheren Jahrhunderten behandelt wurden.“ Nach diesen Sätzen ist jeder unwürdig, über Menschen zu gebieten, der ihre Freiheit und Würde nicht achtet, mag es sich nun um einen militärischen Vorgesetzten oder um einen Junker handeln, vor dessen und seiner Helfer Noheiten die Landarbeiter zittern. Der Wahrheitsbeweis wurde als erbracht anerkannt. Dennoch pflanzten die Gerichte in beide Fällen bisher ausnahmslos zur Verurteilung des Beklagten zu kommen, einmal, weil sie ihm den Schutz der berechtigten Interessen verweigerten, und dann weil sie aus den scharfen Ausdrücken die Absicht der Beleidigung schlossen.

Von dieser formalistischen Unterdrückung der Pressefreiheit und des heiligsten Presseberufs, der rücksichtslosen Bekämpfung öffentlicher Mißstände und öffentlicher Schädlinge, ist diese Urteilsbegründung völlig frei. Es wurde für selbstverständlich erachtet, daß ein Sachorgan die Interessen der Mitglieder der Organisation im allgemeinen als „berechtigter“ betreten darf. Bisher wurde der Paragraph 103 gerade in diesem idealen Sinne verweigert. Wird man dem Beispiel folgen und nun auch Gewerkschaftsblätter und politische Organe bei der Vertretung der Interessen der Berufs- und Parteigenossen die Wahrung berechtigter Interessen abkühlen?

Was aber die scharfen Ausdrücke anlangt, so legt dieses Urteil an: „Aus den Umständen geht die Absicht der Beleidigung nicht hervor. Die Form ist allerdings eine ungewöhnlich scharfe. Das Gericht muß diese scharfe Form aber abmessen und abwägen an der Schärfe der Ereignisse, auf die sie angewendet, und daraus kann das Gericht nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß der Angeklagte den Kläger beleidigen wollte. Er war daher freizusprechen.“

Niemals will die Presse, die Mißstände erörtert, die Schuldigen der Mißstände beleidigen. Trotzdem wird fast stets die

gerauschufwahlen wurden 8 Genossen gewählt. Von diesen haben es einige noch nicht einmal für notwendig gefunden, den Bürgerausschüssen beizumohnen. Es wurde auch noch festgestellt, daß diese Genossen nicht einmal die Parteipresse lesen und in den Parteiversammlungen stets durch Abwesenheit gekündigt haben. Es wurde nun darauf hingewiesen, daß das nächste Jahr die Wahlen stattfinden und daß bei der Gelegenheit mit diesem Zustand einmal gründlich aufgeräumt werden muß. Als Delegierte zum Parteitag in Freiburg wurden die Genossen Karl Neuchel und Andreas Viertelaler gewählt.

Die Jugendbewegung in Frankreich. Die sozialistische Jugend des Seine-Departements hielt am Sonntag zu Paris einen Kongreß ab. In den Berichten wurden übereinstimmend festgestellt, daß die Jugendorganisationen allenfalls einen sehr erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen haben. Acht neue Gruppen wurden seit dem letzten Kongreß ins Leben gerufen. Das Jugendorgan „La Voix des Jeunes“, das anfangs mit großer Schwierigkeit zu kämpfen hatte, sieht gegenwärtig auf glücklicherem Wege. Der Verkauf des Blattes ist gestiegen; die Abonnentenzahl hat sich gehoben. Der Kongreß nahm folgende Resolution an: Die sozialistische Jugend der Seine, vereinigt auf ihrem Kongreß zu Paris am 7. Juni, rüchelt an die jungen Arbeiter aller Länder ihren brüderlichen Gruß und bekräftigt auf neue ihre Gefühle der internationalen Solidarität. Sie erklärt, mit ganzer Kraft tätig sein zu wollen, um ihrerseits zu einer freundschaftlichen Annäherung der Völker beizutragen. Die Jugend ist mit den älteren Genossen der Internationale Anhängerin jeder Maßnahme, die zur Befestigung des Friedens dienen kann. — Am 15. Juli d. J. findet in Paris ein allgemeiner Kongreß der Arbeiterjugend Frankreichs statt.

Zum Bundestag der Arbeiterfänger.

Am jüngsten und liebsten Sachsenland, in Leipzig, halten die Vertreter der Arbeiterfänger am 14. und 15. Juni ihre dritte Generalversammlung ab. Die Arbeiterfängerbewegung ist eine der idealen Strömungen, die zu den wertvollsten in der Arbeiterbewegung gerechnet werden darf. Vor sechs Jahren belam der Gedanke eines Zusammenschlusses der verschiedenen Arbeiterfängervereinigungen greifbare Gestalt. Seit dieser Zeit hat sich diese neue Organisation mächtig entwickelt. Mit rund 100 000 Mitglieder trat sie ins Leben, in Leipzig kommen die Vertreter von 175 000 Mitglieder zusammen, gegen die letzte Generalversammlung eine Steigerung von 25 000. Zur Ehre der Arbeiterbewegung muß es gesagt werden, daß die Zeit vorbei ist, wo man der Sängerkolonne fremd gegenüber stand. Im Anfang war manche Weibung unermüdlich, allmählich aber ist ein inniges Verhältnis eingetreten. Wie konnte es auch anders sein, einer so idealen Bewegung gegenüber, die doch ein gut Teil dazu beiträgt, Herz und Gemüt für den Freiheitsdrang des Volkes zu begeistern.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Bundes ist die Pflege des Arbeiterliedes, besonders des proletarischen Chorgesanges. Hier ist der Nährboden für das Massenbewußtsein und für die Freiheitsgefühle der Arbeiterschaft, hier gilt es den Zusammenhang mit der politischen Organisation zu finden. Bei allen freudigen und ernstlichen Anlässen der Partei muß der Arbeiterfänger das Gefühl der Massen ausdrücken und steigern. Die Massenwirkung gewaltiger, imposanter Chöre muß den unwertenden Eindruck der großen, mächtvollen Institution hervorgerufen. Daneben ist den Arbeiterfängern ein hohes künstlerisches Ziel gesetzt. Die Kunst fürs Volk durch das Volk. Viel Aufgaben liegen da noch brach. Man denke nur an die Verbreitung guter Lyrik und Chorliteratur. Das ergibt von selbst den Drang nach immer höheren leistungsfähigen Chören und damit die Befestigung der kleinen nicht leben und nicht sterben können Vereinchen, die im Widerspruch stehen mit dem großen Zentralisationsgedanken in der Arbeiterbewegung. Nur dann wird das Lied zur Waffe, die Leber zum Schwert im Dienste des Volkes. Diese Idee hat die zwei letzten Tagungen des Bundes beherzigt, sie wird auch der Leipziger als Richtschnur dienen, wie sie der Grundzug der dreijährigen Geschäftsperiode gewesen ist.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Bund einen eigenen Niederberlag, eine musikhilffällige Bibliothek, eine eigene Niederprüfungscommission und die „Deutsche Arbeiterfänger-

Absicht der Beleidigung vorausgesetzt, weil die Tatsachen in angemessenen Ausdrücken gemüßigt waren. So wurde die Justiz zum Fehler der Mißstände, indem sie mit dem Begriff der formalen Beleidigung das Kleinigkeitswerk erschwerte und bestrafte!

Wenn diese Urteilsbegründung Nachfolger findet, so wird der Münchener Prozeß nicht nur seine reinigende Wirkung auf die Sozialpolitik des Theaters ausüben, nicht nur darüber hinaus jede Ausbeutung und Vergewaltigung treffen, sondern auch die Justiz dahin lehren, daß sie nicht mehr das Werkzeug der Unterdrückung, sondern die Wehr der Menschenwürde wird.

Folgen des Prozesses. Aus München wird gemeldet: Die Polizeidirektion wird als Folge des Prozesses Schrumpp gegen die Bühnengenossenschaft Herrn Schrumpp die Spielerelaubnis entziehen. Eine Konzession ist ihm, seit er sich von seinem Mißdirektor trennte, überhaupt nicht erteilt worden. Als probierender Leiter wird der frühere Mißdirektor Braun fungieren, als aussichtsreichster Direktor gilt der Hofschauspieler Konrad Dreher.

In dem Prozeß wurde mehrfach der Umstand berührt, daß Direktor Schrumpp aus Anlaß des Jubiläums des Münchener Volkstheaters den humanitären Kassen der Münchener Journalisten und Schriftsteller eine Spende von tausend Mark überwiesen hatte. Die in Betracht kommenden Organisationen der Münchener Presse haben diese Summe nunmehr dem Direktor Schrumpp zurückgestellt, um, wie in dem Begleit Schreiben betont wird, „jeder Mißdeutung vorzubeugen, die sich aus dem Verlauf des Prozesses ergeben könnte“.

Theater und Musik.

Opertheater Karlsruhe.

Inhaltseinführung zur Volksvorstellung am Dienstag den 16. Juni 1914.

Der Postillon von Lonjumeau. Romische Oper in 3 Akten von A. D. Adam. Text von Leuden und Brunswid.

1. Akt. Der mit einer schönen Stimme begabte Postillon Chapelou macht eben mit Madelaine Hochzeit, als der Marquis

*) Adam, Adolphe Charles, geb. 24. Juli 1808 in Paris, gest. 3. Mai 1866. Im Jahre 1836 erschien die Romische Oper „Der Postillon von Lonjumeau“ und fand großen Beifall. Das Werk begründete den Ruf Adams und wird noch heute gern gesehen. Von den zahlreicheren anderen Opern des Komponisten sind zu erwähnen: „Le roi d'Yvetot“, „Si j'étais roi“ (der König für einen Tag), 1842, und „Die Würmberger Ruppe“, 1852. Alle Werke Adams zeichnen sich durch gefällige Melodienführung und Grazie aus, ohne jedoch tiefere Werte zu besitzen.

zeitung“. Im eigenen Verlag wurden über 300 000 Noten von etwa 200 Liedern verhandelt. Uthmanns „Lied Joseph“ steht mit 23 282 Stück Noten an der Spitze. Ein Beweis, wie sehr das Kampflied gekämpft wird. Der Bedarf ist hier sehr, sehr viel größer, als Komponisten bieten können. Die meisten Künstler werden immer noch in dem großen mächtigen Kampf des Proletariats dankbaren Stoff finden. Es fehlt aber an Künstlern, diesen Stoff zu fassen und zu formen. Ein Preisausgeschrieben des Bundes brachte 213 neue Kompositionen, aber recht wenig brauchbare. Im ganzen wurden 26 Chorwerke angekauft.

Daß die lieben Jagowitter aller Schattierungen diese kraftstrotzende Bewegung piffen und smachten, wo sie Gelegenheit fanden, ist das extra notwendig zu betonen? Es ist einfach der Haß gegen alles, was nicht im nationalpolitischen Fahrwasser liegt. Die Politischerklärung begann mit einer Aktion im Jahre 1911, die im Juli 1913 am Kammergericht ihren Abschluß fand.

Ein angelegentlich schneidet der Bund nicht gut ab. Bei einer Gesamteinnahme von 126 402,73 M. hat der Bund jetzt ein Vermögen von nur 744 367 M. Bei den kolossalen Leistungen, allein für die Zeitung wurden 30 000 M. verausgabt, unter Berücksichtigung der niederen Bundesbeiträge jedenfalls ein Verweis vorstehender Bilanzierung. Hier wird die Generalversammlung doch prüfen müssen, ob nicht eine höhere Einnahme erzielt werden kann. Daneben liegen sehr viel neue Wünsche vor: Man verlangt mehr neue Lieder, mehr Chöre, Arbeiterliederbücher, mehr Frauenchöre, öfteres Erscheinen der Zeitung. Das sind so einige Wünsche, daneben gibt es noch Verschmelzungsanträge zu behandeln und anderes mehr.

An Arbeit wird es in Leipzig also gewiß nicht fehlen. Den Delegierten liegt nur ob, so zu beraten und zu beschließen, daß der Bund weiteren Stürmen gewachsen ist, die über ihn und die gesamte Arbeiterklasse dahindrausen.

Gewerkschaftliches.

Frei oder schwarz?

Aus Gewerkschaftskreisen schreibt man uns: Das Agitationsmaterial der „christlich-nationalen“ Gewerkschaften, oder besser gesagt der schwarzen Zentrumschlingler, muß sehr dürftig sein. In Nr. 157 des „Bad. Beobachters“ lassen dieselben einen Brief des Deutschen Holzarbeiterverbandes abdrucken, offenbar zu dem Zweck, sich in empfehlende Erinnerung zu bringen. In diesem Brief, der eine innere Angelegenheit des Holzarbeiterverbandes betrifft und die Öffentlichkeit nichts angeht, wird einem Mitglied der Organisation mitgeteilt, daß er zunächst keine Unterstützung begehren kann, da gegen ihn wegen unfolleglichen Verhaltens ein Ausschlussverfahren eingeleitet sei. Weiter wurde hervorgehoben, daß, wenn sich der Hauptortstand dem Ausschlussantrag der Beihilfe nicht anschließen, er die Unterstützung erhalte. Der Brief ist also ganz forreht. Die Veröffentlichung desselben zeigt aber so recht die Agitationsmethode der schwarzen Agitatoren. Das Schriftstück wird wohl in die Zentrums Hände dadurch gekommen sein, daß die Christen, als sie erfahren hatten, ein Mitglied des Holzarbeiterverbandes sei mit seiner Organisation in Differenzen geraten, sie zur Anwerbung auszogen. Solche Elemente finden bei den Gegnern der Arbeiterinteressen immer Schutz. Im Anverben sind die christlichen Gewerkschaftsführer ja groß, das haben sie ja bei dem Streik bei Langheim u. Co. zur Genüge bewiesen. Dort wurden christliche Verbandsgegner dazu benützt, um für den bedrängten Arbeitgeber am Rheinischen Arbeitswillige aus Jodgrimm herbeizuschaffen. Nach solchen Handlungen wundert man sich allerdings über nichts mehr.

Auch das Verhalten des christlichen Vertreters im Vorstand der Allgem. Ortskrankenkasse bei der Wahl des Vorstehenden war nicht dazu angetan, die Verbetschaft der schwarzen Organisationen zu stärken. Brodte dieser Vertreter es doch fertig, einem Arbeitgeber seine Stimme zu geben, obwohl er nicht dem bisherigen Vorstehenden, einem Arbeitnehmervertreter, ans dem auszuweichen hatte. Solche Dinge geschehen zwar gegen die Interessen der Arbeiter, aber doch zu dem Zweck, sich als unentbehrliche Stützen der Arbeitgeber in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Der Artikelverfasser im „Bad. Beobachter“ hat recht; es müssen starke Vertreter sein, die an den Köpfen berienigen angebracht sind, die da glauben, in den christlich-nationalen Ge-

Corch anlangt. Ein Rad an seinem Wagen ist zerbrochen, und der auf Chapelou neidische Schmied Bijou heilt sich, das Rad wiederherzustellen, damit Chapelou als Postillon fahren müsse, wodurch die Hochzeitsfeier gestört wird. Er könnte zwar selbst als Stellvertreter fahren, aber weigert sich aus demselben Grunde. — Corch, der Intendant der königlichen Vergnügungen, ist auf einer Entbedungsreise nach einem neuen Tenor, löst jetzt Chapelou singen, macht diesem so glänzende Ausblicke, daß derselbe Madelaine im Stich läßt und auf Nimmerwiederkehr mit dem Marquis fortfährt.

2. Akt. Unter dem Namen St. Phars ist Chapelou ein berühmter Sänger geworden. Auch Bijou ist ihm gefolgt, aber Chorist geblieben. Madelaine ist zu ihrer Tante ausgewandert, als reiche Erbin zurückgekehrt und gewinnt als Frau v. Latour St. Phars Liebe. Dieser ist ein großer Frauenjäger geworden, verspricht die Ehe, da er sich aber wegen der vor zehn Jahren erfolgten Hochzeit mit Madelaine nicht wirklich verheiraten darf, so läßt er mit Bijous Hilfe den Opernjäger Bourbon als Priester verkleiden, um durch diesen Streich die Liebe der Frau von Latour genieschen zu können. Der Marquis von Corch, der seine liebe Not mit den Launen St. Phars hat, bewirkt sich auch am Madelaine, und während er glaubt, es gehe für ihn, läßt sie, die St. Phars Streich erfahren, durch ihn einen weltlichen Priester befragen.

3. Akt. Marquis von Corch zeigt den Betrag St. Phars an, aber nachdem dieser und seine Helfer Todesangst ausgestanden, gibt sich Madelaine dem glücklichen Chapelou zu erkennen und löst somit auch das vermeintliche Verbrechen auf.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Donnerstag, 18. Juni. B. 67. „Der Geangekimann“, musikalisches Schauspiel in 2 Akten (3 Bildern) von Wilhelm Kiendl. Anfang 7/8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Freitag, 19. Juni. A. 68. „Die Verführung des Fiesco zu Genoa“, Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Samstag, 20. Juni. 66. Vorf. auf. Ab. „Unter Wends“, Lustiges Alcekl. Hofenspieler. Die schöne Galathea. Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Sonntag, 21. Juni. A. 67. „Mignon“, Oper in 3 Akten von Ambroise Thomas. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Montag, 22. Juni. B. 68. „Schirin und Gertraude“, Singspiel in 4 Akten von Ernst Gardt. Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/10 Uhr.

In Baden-Baden:

Sonntag, 14. Juni. 6. Vorf. auf. Ab. Einmalige Wiederholung des „Buntin Wends“. Anfang 8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Dienstag, 16. Juni. 6. Vorf. auf. Ab. Zum erstenmal: „Schirin und Gertraude“, Singspiel in 4 Akten von Ernst Gardt. Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/10 Uhr.

Sonntag, 21. Juni. 7. Vorf. auf. Ab. „Das kleine Schwabenmädchen“, Lustspiel in 4 Akten von Paul Sabauil. Anfang 8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

werkschaften könnten ihre Interessen wahrgenommen werden. Darum sagen wir nochmals: Arbeiter, Hände weg von den christlichen Gewerkschaften, deren Führer nichts anderes zu tun wissen, als einen gehässigen Kampf gegen die freien Gewerkschaften zu führen.

* Aus dem Altal schreibt man uns: Von unseren Hilflisten und Spießern kann nicht genug über die Emanzipation der Frauen rasiert werden. Eine Gänsehaut überläuft sie, wenn sie von modernen Frauen hören. Daß aber die Frauen es so notwendig haben, wie die Suppe das Salz, sich um alles, was das wirtschaftliche Leben angeht, zu kümmern, beweist uns das tägliche Leben. Auch das Zentrum mit seinen Trabanten stimmt in die Klage ein, daß die Sozialdemokratie schuld daran sei, daß die Frau in das öffentliche Leben gestochen wird. Das Rechte dieses Vorwurfs braucht von uns nicht erst nachgewiesen zu werden. Aber auch in den schwarzen Gewerkschaften trifft man sehr viele Frauen, die durch den Kapitalismus dazu getrieben wurden, sich zu organisieren.

Auch im Altal waren sehr viele Frauen dabei. Was wurde aber bezweckt? Die Gewerbeordnung weist viele Bestimmungen auf, um das weibliche Geschlecht vor Gesundheitsbeschädigungen zu schützen. Aber für die Etlinger Spinnerinnen und Weberinnen bestehen anscheinend diese Paragraphen nicht. In den Artikeln, die an dieser Stelle erschienen sind, wurde schon darauf hingewiesen, aber ohne Erfolg. Die Direktion weiß ganz gut, was sie von christlichen Organisationen zu befürchten hat, nämlich nichts. Auch die Vertrauensleute dieser Organisationen kommen bald selbst zur Ueberzeugung, daß das ganze Getöse „nichts ist“. Erst vergangener Dienstag wurde wieder einer armen Arbeiterin ein Finger ausgerissen, weil sie die Maschine putzen mußte, während sie in vollem Gange war. In der Gewerbeordnung ist aber bestimmt, daß Arbeiterinnen an Samstagen nur 8 Stunden arbeiten dürfen. Die Direktion weiß scheinbar nichts von dieser Verordnung, denn sie erlaubt den Arbeiterinnen, daß sie Samstags die Mittagsstunde dazu benützen, ihre Maschinen zu putzen.

Das ist schon der zweite Fall in kurzer Zeit. Die Arbeiter sind der Ansicht, daß hier etwas gefahren muß gegen diese Ausbeuterei. Aber in ihrer Hilflosigkeit kennen sie eben die Anstalten und auch die Organisation nicht, die ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Ein großer Teil der Arbeiter ist auf die Wohlthätigkeitsvereine angewiesen, als da sind: Billige Wohnungen, Spottfestschreiben und große Versammlungen. Alles das sind aber Mittel, die Arbeiterkraft in ihrer Abhängigkeit zu erhalten. Es kann nicht laut und oft genug der Arbeiterschaft gesagt werden: „Macht euch frei; freigt diese modernen Sklavenketten!“ Kämpft um Lohn, mit denen ihr auskommen könnt, dann braucht ihr keine Wohlthäter! Wälzt die Geldsäcke durch, dann werdet ihr finden, daß noch immer und zu jeder Zeit, von den Elenden des Altertums bis zu den Proletariern der Gegenwart, die schaffende Menschheit sich selbst helfen mußte!

Berichtszeitung.

Unterdrückung im Amte, Erpressung und Urkundenfälschung.

Unter Massenandrang im Zuscherraum fand am Freitag vor der Strafkammer I des Karlsruher Landgerichts die Verhandlung gegen den in weiteren Kreisen der Stadt bekannten Rechtsagenten Heinrich Klump von hier wegen Unterdrückung im Amte, Erpressung und Urkundenfälschung statt. Den Vorsitz der Verhandlung führte Landgerichtsdirektor Dr. Dölzer. Die Anklage vertrat Gerichtsassessor Dr. Heißler und Rechtsanwält Dr. Ludwig Haas hatte die Verteidigung übernommen.

Dem Angeklagten ist zur Last gelegt, daß er im Jahre 1911, als er noch Beamter des Kreisamtes Karlsruhe war, den Betrag von ca. 400 M., den er in seiner Eigenschaft als Beamter des Amtes eingekommen hatte, für sich behalten, und um die Unterdrückung zu verdecken, amtliche Urkunden gefälscht, bezw. solche gefälscht habe, indem er eine Anzahl Schriftstücke, die sich auf diese Angelegenheit bezogen, aus den Akten entfernt und in ein Sitzungsprotokoll des Kreisamtes nachträglich einen falschen Eintrag gemacht habe. Des Weiteren wird Klump der Fälschung einer Privaturkunde und der Erpressung beschuldigt, letztere dadurch begangen, daß er seinen früheren Vorgesetzten, den inzwischen verstorbenen Vorsitzenden des Kreisamtes, Bösch, durch Drohung mit der Entziehung von Dienstmaßregeln, nachdem er wegen der Unterdrückung aus dem Dienst entlassen worden war, zu bestimmen versuchte, im Kreisamt für die Gewährung eines Ruhegehalts an ihn einzutreten, das ihm nicht zustand, also ein rechtswidriger Vermögensvorteil gewesen wäre.

Klump war seit 25 Jahren auf der Kantele des Kreisamtes beschäftigt und war als Beamter verpflichtet worden. Im Sommer 1911 hatte ein hiesiger Schuhmacherehrer an den Kreis den Betrag von ca. 400 M. zu zahlen; Klump nahm den Betrag in Empfang, ließ die Quittung vom Vorsitzenden unterschreiben, behielt aber das Geld für sich, um damit dringende Verpflichtungen zu decken. Wie die Anklage annimmt, verdeckte er die Unterdrückung zunächst durch Fälschung von Stundungsbewilligungen der Schuld des Schuhmacherehrers und später auch durch Fälschung des Sitzungsprotokolls des Kreisamtes vom 1. September 1911, indem er in letzterem nachträglich den Passus einfügte: „Die Schuld der H. Eheleute ist nicht eingezahlt.“

Als die Unterdrückung entdeckt wurde und der Vorsitzende des Kreisamtes, Bösch, im Ausschuß den Fall vorzutragen beschloß, man Klump andeimusstellen, binnen 3 Tagen um seine Entlassung nachzusuchen, andernfalls gegen ihn das Disziplinarverfahren eröffnet würde. Klump versuchte, nachdem ihm dieser Beschluß bekanntgegeben war, den Ausschuß umzustimmen, indem er bei verschiedenen Mitgliedern vorbrach, mit der Bitte, ihn wieder in Dienst zu stellen oder ihm wenigstens ein Ruhegehalt zu bewilligen. Einen Erfolg hatte er nicht; er schrieb deshalb seinem ehemaligen Chef, dem Kreisvorsitzenden Bösch, zwei Briefe, in denen er in höflicher Form bat, Bösch möge im Ausschuß dafür eintreten, daß ihm ein Ruhegehalt ausgemerzt werde, andernfalls er, so leid es ihm tue, Unannehmlichkeiten machen müsse; darin erblickt die Anklage den Erpressungsversuch, denn der Anspruch auf Ruhegehalt hatte Klump durch die Unterdrückungssache verurteilt.

Klump wurde im März d. J. in Untersuchungshaft genommen; nachdem er 6 Wochen in Haft war, legte er plötzlich ein Schriftstück vor, das mit dem Namen Bösch unterschrieben war und in dem es wörtlich hieß: „Klump hat die mit einem M. Wissen zurückbehaltenen 400 M. zurückgegeben.“

Der Angeklagte behauptete, diese Urkunde mit in die Untersuchungshaft gebracht zu haben und sie während der ganzen Zeit im Stumpf getragen zu haben. Es bestand jedoch dringender Verdacht, daß er die Urkunde im Gefängnis selbst angefertigt habe und es wurde diesbezüglich auch Anklage erhoben.

Der Angeklagte selbst suchte in der Verhandlung die Sache so darzustellen, als ob es das Geld mit Bösch des Kreisvorsitzenden Bösch zurückbehalten hätte, und zwar in der Absicht, den Betrag mit einer zu erwartenden Remuneration später wieder zu decken. Die ihm zur Last gelegten Fälschungen und Urkundenbeseitigung bestritt er auf das entschiedenste.

Zur Verhandlung waren u. a. eine Reihe Zeugen geladen.

die dem Kreisamtsausschuss angehört haben, damals angehört haben, so der Bürgermeister von Durlach Dr. Reichard, der frühere Oberbürgermeister von Bruchsal, jetziger Landgerichtsrat Stritt, Bürgermeister Red von Egenstein, Kommerzienrat Dürr, der Kreissekretär Oberrechnungsrat Kieger, Rechnungsrat Gottlob, Oberrechnungsrat Köhler u. a. Im Kreisamtsausschuss war man mit Klumps Amtsführung nicht sonderlich zufrieden, nach der Aussage dieser Zeugen. Der Zeuge Landgerichtsrat Stritt befandte weiter, daß in der Sitzung des Kreisamtsausschusses vom 1. September 1911 von einem Nachlaß der Schuld der Schuhmacher H. Eheleute keine Rede gewesen sei, ein diesbezüglicher Eintrag in das Sitzungsprotokoll habe sich erst nachträglich gefunden und habe sich deutlich von dem übrigen Teil des Protokolls unterschieden. Der Zeuge erinnert sich, daß Klump seine Schuld damals zugestanden hat und daß er versucht hat, den Ausschuß umzustimmen, als er vor die Entscheidung gestellt wurde, zu kündigen oder angezeigt zu werden. Erst als man feststellte, kündigte er. Der Anspruch auf Ruhegehalt war natürlich durch die Fälschung bewirkt. Der Kreisvorsitzende Bösch hat es sehr gut mit Klump gemeint, er ist auch dafür eingetreten, daß ihm nach der Entlassung das Gehalt 8 Monate weiterbezahlt werde.

Wegen der Urkundenfälschungen wurde Gerichtsschreiber Dr. Graff als Sachverständiger vernommen. Sein Gutachten geht dahin, daß aufgrund der graphologischen Prüfung der in Frage stehenden Urkunden keine positive Behauptung bezüglich der Echtheit oder Fälschung aufgestellt werden kann. Die Prüfung der bei der Privaturkunde verwendeten Tinte ergab Anhaltspunkte dafür, daß die Urkunde im Gefängnis geschrieben wurde.

Bezirksarzt Dr. Kaiser hat den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersucht; auch er wird als Sachverständiger gehört. Er hält Klump für einen intelligenten Menschen, irgendwelche Spuren einer krankhaften Störung der Geistestätigkeit waren nicht zu bemerken.

Nach Erhaltung der Gutachten wird die Beweisaufnahme geschlossen. Der Vertreter der Anklagebehörde, Gerichtsassessor Dr. Heißler, hielt den Angeklagten in allen Punkten der Anklage für überführt und beantragte Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren.

Der Verteidiger Dr. Ludwig Haas gab nur die Unterdrückung zu; er hielt den Beweis für die Urkundenfälschungen und Beseitigung solcher und die Erpressung abfolot nicht für erwacht und beantragte ledigliche Verurteilung seines Klienten wegen Unterdrückung unter weitestgehender Jubilierung mildernder Umstände.

Der Anklage berichtet auf das letzte Wort. Das nach längerer Beratung verlesene Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis wegen Unterdrückung im Amt, Urkundenfälschung (öffentliche Urkunde), Fälschung einer Privaturkunde und Erpressungsvorfalls. Von der Anklage der Beseitigung amtlicher Urkunden erfolgte Freisprechung. 2 Monate der Strafe gelten als durch die Unterdrückungssache verbüßt.

Nach der Urteilsverkündung wurde gleich eine andere Anklage gegen Klump wegen Untreue verhandelt. Von dieser Anklage wurde er freigesprochen. Dieses Urteil hatte Befehlshaberzungen im Publikum und eine elegante Verbeugung Klumps gegen das Richterkollegium zur Folge.

Der Antrag des Verteidigers auf Aufhebung des Haftbefehls wurde abgelehnt.

—t. Wegen Wechselfälschung verurteilte die Strafkammer Freiburg den Maurermeister Marius Maier aus Waldkirch zu fünf Monaten Gefängnis. Die Vorurkassette in Waldkirch ist durch die Manipulationen Maiers um 1400 M. geschädigt worden.

Aus dem Lande.

Offenburg.

— Angehoben wurde dieser Tage ein hiesiger Radfahrer auf der Landstraße bei Dinglingen durch einen Schuß, der aus einem Kornfeld von einem dort befindlichen Täter abgegeben wurde. Ob der Tat wirklich eine Verwundung zugrunde lag, oder ob ein Straßenzug geplant war, wird sich wohl kaum ermitteln lassen, da der Angehobene den Täter überhaupt nicht zu Gesicht bekam.

r. Engelsfeld, 14. Juni. Heute nacht gegen 11 Uhr brach in der Scheune der Witwe Karl Wolf zuer aus. Die Scheune brannte nieder; durch das rasche Eingreifen der hiesigen Feuerwehr sowie der Einwohner gelang es, das Wohnhaus vor dem wütenden Element zu schützen. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt.

* Langenbrücken (bei Bruchsal), 14. Juni. Am Samstag nachmittag hat sich hier ein tödlicher Unglücksfall ereignet. Infolge Unachtsamkeit des Schranlenwärters wurde die Schranke beim Herannahen des Heideberger Schnellzugs D 78 nicht geschlossen. Als der Zug den Übergang passierte, fuhr gerade das Führer des Aufseher's Wilh. Jonis, das von dem 15-jährigen Karl Jonis gelenkt wurde, über die Bahngleise. Das Führer wurde von der Lokomotive erfasst, zur Seite geschleudert. Der Durchstoß und das Pferd wurden auf der Stelle getötet; das Führer wurde vollständig zerrümmert. Die Maschine des Zuges blieb unbeschädigt.

* Mannheim, 14. Juni. Ueber ein unerhörtes Vorkommnis im hiesigen städtischen Krankenhaus berichtet die hiesige „Volksstimme“. Im April ds. J. waren 4, 3 und 2 Jahre alte Kinder in die Isolierabteilung des allgemeinen Krankenhauses wegen Erkrankung an Malaria eingeliefert und behandelt worden. Später stellte es sich heraus, daß 3 der Kinder im Krankenhaus geschildert infiziert worden waren. Als Urheber der Infektionskrankheit kommt ein in der Abteilung beschäftigt gewesener Hauswirth in Frage. Die Kinder liegen schwer krank darnieder. In der Angelegenheit ist eine Untersuchung eingeleitet.

—t. Vom Kaiserstuhl, 11. Juni. Von einer vorhergehenden Kausenlage sind die Zweifelhäuser am südwestlichen Kaiserstuhl befallen worden. Die Baumkronen sind über und über von den spinnwebartigen Netzen des Frostspanners, auch Nütemwidler genannt, umponnen, dazwischen hängen dicke Klumpen üppiger Kausenmeister. Die von dem Ungeziefer fast gesehene Zweige haben kein einziges Blättchen mehr behalten, der Fruchtschlag ist vollständig in die schmierartigen Süssen der verendlichen Schädlinge eingetaucht. Die reichlichen Ertrag verprechende Zweifelhäuser ist durch das Auftreten der Kausen sehr in Frage gestellt, in landwirtschaftlichen Kreisen ist man teilweise der Meinung, daß die Bäume sogar dauernden Schaden davontragen könnten. Die in diesem Umfang am Kaiserstuhl noch nie beobachtete Ungezieferplage ist den Landwirten um so unangenehmer, als sie es auch in diesem Jahre mit der Anbringung von Klebgürteln an den Obstbäumen nicht haben können lassen.

* Schwere Unwetter in Baden. In verschiedenen Teilen des Landes sind in den letzten Tagen schwere Gewitter, zum Teil verbunden mit wolkenbruchartigem Regen niedergegangen. Wie aus Neckarfenbach, Moosbrunn berichtet wird, ging dort der Regen in solcher Stärke nieder, daß Straßen und Ackergeräde überflutet wurden. Der durch Hagelschlag verursachte Schaden ist glücklicherweise nicht besonders groß. Verschieden-

lich schlug der Blitz ein. In Pflüngen wurde durch Blitzschlag die Scheuer des Landwirts Walzenbach völlig eingeschert. Bei Unterschloß wurde der 40jährige Landwirt Adam Bruner im Nebgelände vom Blitz erschlagen.

* Das Wetter im Monat Mai. Nach den Aufzeichnungen des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrographie in Baden ist der verfloßene Monat Mai sehr kühl, stark bewölkt und reich an Regenfällen gewesen. Nur einige wenige Tage sind sommerlich warm, die übrigen kühl gewesen und nicht weniger als dreimal sind besonders empfindliche Kältefälle erfolgt. Zur Bildung von Reif und Frost ist es zu Beginn des Monats auch in milden Lagen gekommen. In den höchsten Lagen des Schwarzwalds hat es mehrmals etwas geschneit. Die Bewölkung ist so stark gewesen, daß mehr als die Hälfte aller Tage zu der trüben gerechnet werden mußte. Die Sonnenscheindauer ist ganz erheblich kleiner als im April gewesen; in Karlsruhe hat der Mangel an Sonnenschein gegenüber dem langjährigen Durchschnitt 26 Stunden betragen. Die Niederschlagsmengen sind an der Mehrzahl der Beobachtungsstationen um mehr als 50 Prozent der normalen zu groß ausgefallen, an nicht wenigen haben sie mehr als das Doppelte erreicht.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 15. Juni.

Aus dem Karlsruher Gewerbegericht. Sitzung vom 10. Juni.

Vorsitzender: Stadtrechtsrat Neufum; Beisitzer: Hofbuchhändler Anselment und Schreiner Schwan.

Von den 12 Klagen, die auf der Tagesordnung standen, wurden 8 verurteilt, um weitere Beweise erheben zu lassen, eine Klage wurde durch Verurteilung, eine weitere außergerichtlich erledigt. In 7 Fällen wurde die Verhandlung durchgeführt und dabei 5 Urteile erlassen und 2 Vergleiche abgeschlossen.

Der Wirt Oberl hatte beim städtischen Arbeitsamt zu Pfingsten zwei Kellnerinnen verlangt. Es waren ihm u. a. die Kellnerinnen Kaufmann und Furrer zugeordnet worden und zwar Sonntag morgens. Oberl war aber bereits mit Personal versehen und die beiden Mädchen wurden nicht angenommen. Sie klagten auf einen Tag Schadenersatz, indem sie geltend machten, daß es ihnen dadurch, daß sie zu Oberl geschickt wurden, unmöglich war, für diesen Tag anderweitig Arbeit zu bekommen. Das Gericht lehnte jedoch die erhobenen Ansprüche ab mit der Begründung, daß bei der Form der Arbeitsvermittlung der Wirt rechtlich nicht für den Nachteil verantwortlich gemacht werden könne, der den beiden Klägerinnen ermahnen ist. — Der Tagelöhner Bött klagt gegen Schaubensbesitzer Valenda auf 7,20 M. rückständigen Lohn. Durch Urteil erhält er noch Abzug verschiedener von ihm anerkannter Posten noch 3,44 M. zuerkannt, kann aber davon 2,44 M. erst am 20. Juni, als am Lohnstage verlangen, da er die Arbeit ohne Einhaltung der Kündigungsfrist verlassen hat. — Fuhrmann Hedlinger klagt gegen Fuhrunternehmer Kiege auf Entschädigung wegen kündigungloser Entlassung. Im letzten Termin war Vertagung und Einvernahme zweier Zeugen beschlossen worden. Diesmal war Hedlinger ausgeblieben und aufgrund der Zeugenaussagen lehnte das Gericht durch Urteil dessen erhobenen Anspruch ab. — Müchensburische Schud klagt gegen Hotelier Behrend auf 3 Tage Lohn. Er war mit 40 M. Monatslohn eingestellt und nach 8 Tagen wieder entlassen worden. Durch Vergleich erhält der Kläger 2,66 M. zugebilligt. — Die Modistin Vogel klagt gegen das Modenhäus Landauer auf 2 Tage Gehalt, die ihr von ihrem Gehalt für den Monat Mai abgezogen wurden, weil sie an zwei verschiedenen Tagen infolge Unwohlseins nicht ins Geschäft kam. Der Vertreter der Beklagten legt die Hausordnung vor, wonach es in das Ermessen des Chefs gelegt ist, derartige Lohnabzüge zu machen oder nicht. Aufgrund dieser Hausordnung wies das Gericht den Klageanspruch ab. In der Begründung sagte der Vorsitzende, man könne darüber, ob diese Bestimmung (es ist der § 5 der Hausordnung) nicht den guten Sitten zuwiderlaufe, geteilter Meinung sein. Auch wir sind der Ansicht, daß die Firma Landauer mit diesem Paragraphen ihrer Hausordnung keinen Staat machen kann, der es den betr. Chefs gestattet, z. B. bei gleichliegenden Fällen in einem Fall Lohnabzüge zu machen und es im anderen Falle zu unterlassen. — Die Hauswirthin Duinginger und Hennner klagten gegen Hotelier Behrend zum „Reichshof“ auf je 33 M. Lohn und Entschädigung wegen kündigungloser Entlassung. Zwischen den beiden Hauswirthinnen und dem Oberkellner, welcher gleichzeitig Stellvertreter des Hoteliers war, bestand ein gespanntes Verhältnis. Eines Abends kam es zwischen den beiden Tellen zu einem Zusammenstoß, wobei die beiden Kläger dem Oberkellner diverse kräftige und für den letzteren gerade nicht besonders schmeichelhafte Ausdrücke an den Kopf warfen, worauf der Beklagte die beiden entließ und es sogar für nötig hielt, sie durch einen Schutzmann aus dem Saale weisen zu lassen. Auch in diesem Falle wies das Gericht die erhobenen Klageansprüche ab. — Die Kellnerin Kaupp klagt gegen den Wirt Henninger auf 5 M. zu wenig erhaltenen Lohn. Die Frau des Henninger hatte die Kaupp eingestellt mit 10 M. Monatslohn, wenn die Kaupp ober fleißig sei, erhalte sie 16 M. Bei dieser außerordentlich „taren“ Abmachung kam es, wie es kommen mußte. Am Monatslohn war die Frau der Ansicht, die Klägerin habe nicht mehr verdient als 10 M., und die letztere war natürlich ebenso überzeugt, daß sie 16 M. zu bekommen habe und klagte die 6 M. ein. Durch einen vom Vorsitzenden angeregten Vergleich erhält die Klägerin noch 2,50 Mark zugebilligt.

Sommernachtsfest. Das Gewerkschaftsstadtkarlsruhe veranstaltet am Samstag, 20. Juni, abends 8 Uhr, im Stadtpark ein Sommernachtsfest. Wie das vorjährige Fest verspricht auch das diesjährige einen schönen, gediegenden Verlauf zu nehmen. Die Konzertmusik wird von der Kapelle Hoffmann ausgeführt, außerdem werden die Arbeitergesangsvereine mit ihren Liedern viel zur Verschönerung des Abends beitragen. Viel Beifall wird das Abbrennen eines Brillant-Feuerwerks finden. Auch ist noch verschiedene weitere Unterhaltung vorgesehen. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pf. Eintrittskarten sind nur im Vorverkauf in folgenden Verkaufsstellen zu haben: Büro des Arbeitersekretariats, Wilhelmstraße 47, sämtlichen Gewerkschaftsbüros, Expedition des Volksfreund, sowie in folgenden Lokalen: Deutsche Eide, Augartenstraße, Schaufelberger, Winterstraße 20, Auerhahn, Schützenstraße 58, Zigarrenhandlung Brehm, Schützenstraße, Zigarrenhandlung Löpper, Klippmüllerstraße, Restauration zum Stehwagen, Restauration Schrumpe, Durlacherstraße, Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13 und Jähringerstraße 2, Sutmacher Fenster, Kaiserstraße 65, Restauration zum Drachen, Karl Wilhelmstraße, Restauration zur Nacht am Rhein, Gartenstraße, Restauration zur Palme, Reisingstraße, Restauration zum Saalbau in Mühlburg, Gasthaus zum Sirch in Mühlburg.

Die Ortsgruppe Karlsruhe des Arbeiter-Notenbundes „Solidarität“ hielt Samstag, 6. Juni, in der Ge-

wirtschaftszentrale ihre halbjährliche Generalversammlung ab. Aus der Diskussion über Punkt 1 der Tagesordnung ist die Mitteilung bemerkenswert, daß die Ortsgruppe mit Einladungen geradezu überflutet wurde, so daß zur Einhaltung des eigenen Jahresprogramms und zur Agitation kaum mehr Zeit übrig bleibt. Weiter wurde aber auch die erfreuliche Tatsache festgestellt, daß der Verein einen erfreulichen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen kann, der Vertrauensmann hieß die neuen Sportsportgenossen herzlich willkommen. Weiter versäumte der Vorsitzende nicht, die Sportsportgenossen angesichts der ernstlichen heutigen Zeit auf ihre politischen und gewerkschaftlichen Pflichten aufmerksam zu machen. — Durch einstimmige Annahme des **Ausschlusses** antrags befreite sich der Verein von zwei bisherigen Mitgliedern, deren Verhalten aber nicht derart war, daß sie länger in den Reihen eines Arbeitervereins gebildet werden konnten. Es ist dies der **Blechner Raiblein**, der beim **Werkmeister** seinen Kollegen in den Rücken fiel, und der **Althändler Streckfuß**, der sich als **Herbergsbater** der **Seringischen** Arbeitswilligen hergab. Die **Arbeiterchaft** möge sich diese Namen merken. — Aus den weiteren, sachlichen Verhandlungen der Generalversammlung sei u. a. noch erwähnt, daß der **Beschluß** gefaßt wurde, neue **Saalmaschinen** anzuschaffen. Im **sonstigen** verlief die **Versammlung** in durchaus einmütiger, von **echtem Geiste** der **Solidarität** getragenen Weise.

Wir nehmen keine Rücksicht auf die Arbeiter! Das ist der neueste Wahlspruch der **Brauerei Moninger**. Daß dieser Ausdruck keine Redensart ist, zeigen die vielen Entlassungen der letzten Zeit, besonders beim **Jahrespersonal**. Leute mit 10-jähriger Tätigkeit werden mit nichtsagenden Gründen auf die Straße gesetzt und obendrein noch verächtlich und beleidigt. **Merkwürdigerweise** sind es aber immer nur **freiorganisierte Arbeiter**, die das **Schicksal** trifft, entlassen zu werden. **Christliche** und andere werden nicht entlassen, wenn sie sich auch die größten **Vergehen** zuschulden kommen lassen. So hat z. B. ein **unorganisierte** Chauffeur während der **Fahrt** einen anderen **Chauffeur** mißhandelt. Dem **Mann** wurde kein **Haar** gekrümmt, obwohl die **Arbeitgeber** in den **Tarifvertrag** den **Satz** aufgenommen haben, daß bei jedem **Entlassung** ohne **Kündigung** eintritt, der sich **Tätlichkeiten** zuschulden kommen läßt. Ein **Christlicher** Dampfmaschinenführer hatte in der **Brauerei** ein **ganzes** Lager von **Motoren**, **Reifen**, **Handschuhen** etc. **angehäuft**, die er **natürlich** nicht auf der **Straße** gefunden hatte. Der **Mann** ist in den **Augen** des **Expedienten** **Matt** ein **sehr tüchtiger Arbeiter**. **Besonders** der **genannte** Herr **Expedient** sieht es nicht gerne, wenn die **Kaufleute** ihre **tariflichen** Bezüge **reklamieren**. So **sagte** er zu einem **neu** **eingestellten** **Kaufmann**, der seine **Ueberstunden** verlangte: **Wer hat Sie denn so gut unterrichtet?** Dieser **Herr** meint also, die **Arbeiter** hätten nicht das **Recht**, ihren **verdienten** Lohn in **Anspruch** zu nehmen. **Deshalb** sollen wohl auch die **alten** **organisierten** **Kaufleute** das **Feld** räumen, damit man **frische** Leute **hereinbekommt**, die nicht so **gut** **unterrichtet** sind. **ie** **Mühe** war **aber** **bisher** **vergebens**. **Wie** **vergebens** die **Mühe** war, geht aus dem **Ausspruch** eines **anderen** **Vorgesetzten** hervor, der, nachdem er **längere** **Zeit** vom **Betrieb** **abwesend** war, beim **Wiedererscheinen** folgenden **Stoß** **empfing** von sich **gab**: **Man** **sieht** **viele** **neue** **Gesichter**, **aber** **es** **sind** **lauter** **rotel** **Arbeiter** **sind** **der** **Meinung**, daß **diese** **Verren**, die **selbst** **fröh** **sein** **müssen**, daß **in** **der** **Brauerei** **Moninger** **sein** **können**, die **Organisationszugehörigkeit** der **Arbeiter** **gar** **nichts** **angeht**.

Damit aber der **Expedient** **Matt** in **Zukunft** der **Mühe** **enthoben** ist, die **Leute** zu **fragen**, **wer** **sie** **so** **gut** **unterrichtet** hat, **wollen** **wir** **den** **be**. **Satz** **des** **Tarifvertrags** **bekannt** **geben**. **Der** **folgt** **lautet**:

d) Die **Arbeitszeit** für das **Jahrespersonal** dauert an **Werktagen** **1/2** **Stunden** **Pausen** **von** **6** **Uhr** **früh** — **in** **der** **Zeit** **von** **1.** **Oktober** **bis** **mit** **14.** **März** **von** **6** **Uhr** **früh** — **bis** **6** **Uhr** **abends**; die **Stallarbeit** **muß** **nach** **6** **Uhr** **nach** **unentgeltlich** **geleistet** **werden**. Die **Arbeitszeit** der **Kraftwagenführer** **dauert** **von** **morgens** **6** **Uhr** **bis** **abends** **6** **Uhr** **mit** **der** **Möglichkeit**, daß **vor** **Beginn** **oder** **nach** **Beendigung** **der** **Arbeitszeit** die **betriebsbereite** **Instandsetzung** **der** **Wagen** **erfolgen** **muß**. **Wird** **bei** **Ausfahrten** **am** **Ort** **und** **einer** **Entfernung** **von** **höchstens** **10** **Kilometer** (bei **Motorlastwagen** **15** **Kilometer**) **mit** **der** **Arbeit** **früher** **begonnen** **oder** **früher** **geendet**, **so** **werden** **die** **Ueberstunden** **vergütet**. **Können** **bei** **solchen** **Ausfahrten** **die** **Fahrer** **nicht** **bis** **spätestens** **1/3** **Uhr** **mittags** **zurück** **sein**, **um** **ihre** **Mittagspause** **anzutreten**, **so** **haben** **sie** **Anspruch** **auf** **Bezahlung**, **das** **bei** **Ausfahrten** **in** **die** **Stadt** **und** **die** **Umgebung** **bis** **zu** **6** **Kilometer** **Entfernung** **70** **Pfg.**, **bei** **den** **weiteren** **Entfernungen** **1** **Mk.** **beträgt**.

Diese **Bestimmung** ist **auch** **für** **die** **Brauerei** **Moninger** **maßgebend** **und** **sollte** **Herr** **Matt** **lieber** **dafür** **sorgen**, daß **die** **Leute** **das** **Bekommen**, was **hier** **festgelegt** **ist**, als **naive** **Fragen** **zu** **stellen** **und** **verlethende** **Redensarten** **zu** **führen**. **Wenn** **aber** **die** **Brauerei** **Moninger** **erklärt**, daß **auf** **die** **Arbeiter** **in** **keiner** **Weise** **mehr** **Rücksicht** **genommen** **wird**, **so** **wird** **sie** **sich** **mit** **solch** **schamlos** **machernem** **Verhalten** **in** **weiten** **Kreisen** **keine** **Sympathie** **erwerben**, **besonders** **bei** **der** **Arbeiterchaft** **nicht**.

Vortrag **Dr. Wunnen**. Es sei **nochmals** **auf** **den** **heute** **abend** **8 1/2** **Uhr** **im** **großen** **Saal** **des** **Rathauses** **stattfindenden** **Vortrag** **von** **Dr. Wunnen** **über** **„Jugendbewegung** **und** **freie** **Schulgemeinde“** **hingewiesen**. **Am** **den** **Vortrag** **wird** **sich** **eine** **Diskussion** **anschließen**, **an** **der** **sich** **eine** **Anzahl** **von** **schulreformatorischen** **Gebiete** **bereits** **hervorragend** **tätiger** **Personen**, u. a. **Dr. Maurenbrecher**, **beteiligen** **werden**.

Oberlandesgerichtsrat **Edm. Schmidt** †. **In** **der** **Nacht** **vom** **Samstag** **auf** **Sonntag** **ist** **in** **Wadenweiler** **Oberlandesgerichtsrat** **Edm. und** **Schmidt**, **am** **Karlsruher** **Oberlandesgericht** **tätig**, **an** **den** **Folgen** **eines** **Schlaganfalls** **gestorben**. **Der** **Entschlafene** **befand** **sich** **auf** **einer** **Dienstreise**, die **ihn** **nach** **Vasel** **führen** **sollte**. **Oberlandesgerichtsrat** **E. Schmidt** **stammte** **aus** **Freiburg** **und** **stand** **im** **56.** **Lebensjahre**. **Der** **Verstorbene** **war** **schon** **seit** **längerer** **Zeit** **leidend** **und** **mußte** **im** **letzten** **Jahre** **geraume** **Zeit** **seinem** **Dienst** **fernbleiben**. **Seit** **Februar** **d. J.** **war** **er** **aber** **wieder** **im** **Oberlandesgericht** **tätig**. **Oberlandesgerichtsrat** **Schmidt** **war** **Mitglied** **der** **Zentrums** **Partei** **und** **ist** **auch** **im** **öffentlichen** **politischen** **Leben** **vielfach** **herorgetreten**, u. a. **war** **er** **Stadtverordneter**.

Sommertheater. **Man** **schreibt** **uns**: **In** **der** **Festhalle** **sind** **kräftige** **Hände** **wieder** **an** **der** **Arbeit**, **den** **Festsaal** **in** **das** **Sommertheater** **zu** **verwandeln**. **Die** **Vorbereitungen** **sind** **beendet**, **das** **künstlerische** **Personal** **hat** **sich** **versammelt**, **die** **Proben** **haben** **wieder** **begonnen**, **die** **heikere** **Muse** **kann** **wieder** **nach** **langer** **winterlicher** **Pause** **ihren** **Einzug** **halten**. **Am** **nächsten** **Samstag** **ist** **die** **Eröffnung** **mit** **„Der** **lachende** **Gemann“**, **der** **erfolgreichsten** **und** **wertvollsten** **Operette**, **die** **von** **Wien** **aus** **ihren** **Weg** **über** **alle** **Bühnen** **gemacht** **hat**. **Von** **den** **vorjährigen** **Mitgliedern** **wird** **Herr** **Lauter** **sich** **wieder** **den** **Karlsruhern** **ergehen**, **der** **ja** **vom** **September** **ab** **in** **den** **Verband** **des** **Hoftheaters** **eintritt**. **Von** **den** **Damen** **werden** **Mrs** **Kräuslein** **Ida** **Ragenecker** **und** **Dolly** **Grece** **wieder** **begehrten**, **während** **für** **Kräuslein** **Hausmann** **Kräuslein** **Dolly** **Eichleberg** **aus** **Wien** **als** **erste** **Soubrette** **sich** **dem** **Karlsruher** **Publikum** **vorstellen** **wird**. **Tenorbuffa** **ist** **Herr** **Schwarz** **von** **Dresden**.

erste **Komiker** **und** **Regisseur** **Herr** **Robert** **aus** **Köln** **und** **Herr** **Rehbold** **aus** **Basel**, **drahtlicher** **Komiker** **Herr** **Rinnbrunner**, **der** **sich** **während** **fünf** **Jahren** **in** **Regensburg** **die** **Gummi** **des** **lachlustigen** **Publikums** **zu** **erwerben** **genußt** **hat**.

Karlsruher **Werkstätten** **für** **Wohnungsbau**. Die **Firma** **D. Reis**, **Inh.** **M. Bloch**, **ein** **altrenommiertes**, **schon** **über** **50** **Jahre** **bestehendes** **Möbelgeschäft**, **eröffnete** **Samstag** **nachmittags** **in** **dem** **Hause** **Nitterstraße** **8**, **frühere** **Gastlicher** **Lokalitäten**, **ihre** **neuen** **Geschäftsräume**; **das** **alte** **Geschäft** **in** **der** **Kronenstr.** **bleibt** **jedoch** **ebenfalls** **weiterbestehen**. **Mit** **der** **Eröffnung** **und** **dem** **Betrieb** **des** **neuen** **Geschäfts** **verbindet** **die** **Firma** **unter** **dem** **Namen** **Karlsruher** **Werkstätten** **für** **Wohnungsbau** **eine** **Ausstellung** **von** **guten** **und** **gediegenes** **Wohnungen**, **Teppichen**, **Einzelmöbeln** **usf.**, **die** **nicht** **allein** **für** **den**, **der** **laustufig** **ist**, **sehr** **wertvoll** **ist**, **sondern** **auch** **für** **denjenigen**, **der** **für** **die** **moderne** **Zimmer** **einrichtung**, **Jugenddekoration**, **den** **modernen** **Geschmack** **in** **Möbelbau** **und** **Tapeten** **Interesse** **hat**. **In** **vier** **Stöckwerken** **zeigt** **die** **Firma** **etwa** **50** **Zimmer**, **Schlafzimmer**, **Wohnzimmer**, **Berzengzimmer**, **Salon**, **in** **den** **verschiedensten** **Stilarten** **und** **Preislagen**, **aber** **alle**, **von** **einfachen** **bis** **zu** **luxuriösesten**, **von** **einem** **auserlesenen**, **vornehmen** **Geschmack**. **Bis** **ins** **kleinste** **Detail** **sind** **alle** **Einrichtungsgenstände** **auf** **einander** **abgestimmt**, **besonders** **herbergehoben** **zu** **werden** **verbietet** **die** **prachtvolle** **Beleuchtung**, **genau** **den** **Stil** **und** **der** **Einrichtung** **der** **Zimmer** **angepaßt**. **Einzelne** **Möbel**, **namentlich** **die** **Bücherregale**, **sind** **wahre** **Prachtstücke**, **sie** **zeigen** **am** **besten**, **auf** **welcher** **Höhe** **unser** **heutige** **Holz** **bearbeitungstechnik** **steht**. **Die** **ganze** **Ausstellung** **zeigt**, **daß** **unser** **heutige** **Wohnungsbau**, **trotzdem** **es** **eine** **Kunst** **ist**, **dennoch** **es** **vortrefflich** **versteht**, **mit** **dem** **künstlerischen** **das** **Zweckmäßige**, **Bequeme** **und** **Begehrliche** **zum** **Wohnen** **zu** **verbinden**. **Die** **Ausstellung** **ist** **auch** **für** **den**, **der** **nicht** **den** **nötigen** **„Mammon“** **hat**, **oder** **der** **schon** **eingespart** **ist**, **sehr** **wertvoll**, **ein** **Kaufmann** **betrifft** **nicht**.

Das **künstlerische** **Niveau** **im** **Stadtpark**. **Auf** **das** **große** **Rathaus**, **das** **der** **Verein** **bildender** **Künstler** **nun** **heute** **abend** **im** **Stadtpark** **veranstaltet**, **ist** **noch** **einmal** **an** **dieser** **Stelle** **hingewiesen**. **Es** **verpricht** **eine** **glänzende** **Veranstaltung** **zu** **werden**. **Außer** **den** **künstlerisch-phantastischen** **Vorführungen** **auf** **dem** **See**, **den** **Wasserspielen** **und** **der** **Bantomie**, **findet** **Konzert** **in** **dem** **festlich** **erleuchteten** **Garten** **und** **Tanz** **im** **kleinen** **Festhalle** **statt**. **Ferner** **wird** **am** **Schluß** **der** **Aufführung** **ein** **großes** **Feuerwerk** **abgegeben**. **Es** **ist** **ausdrücklich** **bemerk**, **daß** **an** **dem** **Fest** **auch** **Nichtmitglieder** **des** **Vereins** **teilnehmen** **können**. **Der** **Eintritt** **für** **diese** **beträgt** **1** **Mk.** **Anfang** **8** **Uhr**.

Selbstmord **verübt** **in** **der** **Nacht** **am** **14. I. M.** **ein** **Hier** **in** **Stellung** **bediensteter** **Dienstmädchen** **aus** **Bretten** **durch** **Einnehmen** **einer** **giftigen** **Flüssigkeit**. **Sie** **mußte** **in** **lebensgefährlich** **verlettem** **Zustande** **mit** **dem** **Krankenauto** **ins** **städtische** **Krankenhaus** **verbracht** **werden**. **Das** **Motiv** **der** **Tat** **ist** **unbekannt**.

Diebstahl **von** **Brillantschmuck**. **In** **der** **Nacht** **vom** **13. Juni** **14. I. M.** **wurde** **durch** **einen** **noch** **unbekannten** **Täter** **eine** **Schmuckkassette** **am** **Laden** **des** **Goldarbeiters** **Abt**, **Waldstraße** **4**, **eingeschlagen**. **Aus** **der** **Auslage** **wurden** **folgendes** **Brillantschmuck**, **ein** **Paar** **Brillantschmuck**, **sowie** **zwei** **Paar** **Ohringe** **mit** **Perlen** **und** **Rubinen** **im** **Gesamtwerte** **von** **zirca** **1000** **Mark** **entwendet**. **Um** **sachdienliche** **Mitteilungen** **an** **die** **Schutzmannschaft**, **welche** **zur** **Ermittlung** **des** **Täters** **führen** **können**, **wird** **gebeten**.

2100 **Mark** **hat** **ein** **17** **Jahre** **alter** **Kaufmannslehrling** **von** **hier** **in** **letzter** **Zeit** **seinem** **Arbeitgeber** **hier** **aus** **dem** **Bureau** **entwendet**. **Er** **wurde** **am** **13. I. M.** **festgenommen**. **Das** **Geld** **hat** **er** **in** **kurzer** **Zeit** **mit** **einigen** **Freunden** **durch** **Bezahlung** **und** **Autofahrten** **durchgebracht**.

Neues vom Tage.

Kaiserkranz, **13. Juni**. **Der** **Hauptlehrer** **Eberhard** **aus** **Erlenbach**, **der** **seit** **Donnerstag** **vermißt** **wurde**, **hat** **in** **einem** **Gasthause** **in** **Frankenthal** **(Pfalz)** **Selbstmord** **verübt**. **Blätter** **meldungen** **zufolge** **hat** **eine** **Kesselfabrik** **der** **von** **dem** **Hauptlehrer** **verwalteten** **Darlehenskasse** **in** **Erlenbach**, **zu** **der** **meist** **kleine** **Leute** **gehören**, **einen** **Reibbetrag** **von** **27 000** **Mk.** **ergeben**.

Angelschiff **im** **Bergwerk**. **Gelsenkirchen**, **13. Juni**. **In** **der** **vergangenen** **Nacht** **wurde** **auf** **der** **„Alma“** **vier** **Belegte** **durch** **herabstürzende** **Gesteinsmassen** **verhüttet**. **Drei** **waren** **sofort** **tot**, **während** **der** **vierte** **lebensgefährlich** **verletzt** **wurde**.

Explosionsunfall. **Grauden**, **12. Juni**. **Heute** **vormittag** **explodierte** **auf** **dem** **Flugfeld** **Grauden** **in** **einem** **Schuppen** **ein** **Benzin-Reservoir**. **Vier** **Personen**, **ein** **Sergeant**, **ein** **Unteroffizier** **und** **2** **Soldaten** **wurden** **getötet**.

Ein **Tunnelfaß**. **Birich**, **14. Juni**. **Im** **Turk-Tunnel** **der** **Bahn** **Brig-Abder** **zwischen** **St. Denis** **führte** **der** **Hauptstollen** **aus** **14** **Mtr.** **Höhe** **ein** **Ein** **Tor** **ist** **bereits** **gebohen** **worden**. **Die** **in** **dem** **Tunnel** **beschäftigten** **Arbeiter** **wurden** **von** **der** **Anwesenheit** **abgeschritten**. **Ob** **noch** **weitere** **Personen** **verhüttet** **wurden** **sind**, **ist** **zurzeit** **nicht** **bekannt**. **Fast** **zu** **gleicher** **Zeit** **fuhr** **der** **Waldler** **Seite** **ein** **Zug** **in** **eine** **Arbeitergruppe** **und** **verletzte** **vier** **Personen** **(s. Nr.)**

Das **russische** **Riesenflugzeug**. **Petersburg**, **13. Juni**. **Der** **Flugzeugführer** **Siforski** **stieg** **heute** **mit** **dem** **neuen** **Riesenflugzeug** **Sija** **Murawit** **mit** **15** **Passagieren** **auf**, **die** **ein** **Gesamtwicht** **von** **1326** **Kilogramm** **hatten**. **Es** **erreichte** **eine** **Höhe** **von** **710** **Metern**.

Fliegerunfall. **Toul**, **13. Juni**. **Heute** **nachmittags** **sind** **auf** **dem** **Flugplatz** **Toul** **ein** **Fliegerunteroffizier** **und** **der** **ihn** **begleitende** **Pionier** **aus** **50** **Metern** **Höhe** **abgestürzt** **und** **unter** **dem** **sich** **überfliegenden** **Apparat** **gequetscht** **wurden**. **Der** **Unteroffizier** **ist** **tot**, **der** **Pionier** **ist** **tödlich** **verletzt**.

Meuterei **im** **Zuchthaus**. **Figueras**, **13. Juni**. **In** **dem** **hiesigen** **Zuchthaus** **brach** **eine** **Meuterei** **aus**, **während** **die** **Truppen** **und** **ein** **Teil** **des** **Personals** **an** **der**

betr. die Petitionen um Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung zur Verteilung gelangt. Berichterstatter ist Oberbürgermeister Hermann-Dienburg. Die Petenten wünschen u. a. die Regierung möge im Bundesrat für die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung eintreten, den Kommunalverwaltungen möge nahegelegt werden eigene Arbeitslosenversicherungen zu schaffen, es möge ihnen dann eine Staatsunterstützung zuteil werden und die Kommunalverwaltungen mögen die Errichtung von Arbeitslosenversicherungen in engster Verbindung mit den beruflichen Organisationen der Arbeiter vornehmen.

Die Kommission hat in ihren Beratungen die große Bedeutung und Wichtigkeit des Problems einer Arbeitslosenversicherung anerkannt, aber über die Art und Weise, wie diese Fürsorge einzurichten sein dürfte, gingen die Meinungen auseinander. Die Regierung wies u. a. zur Begründung ihres ablehnenden Standpunktes darauf hin, daß die Städte, in denen die Arbeitslosenfürsorge eingeführt ist, bis heute mit dem Wunsch auf Staatsunterstützung nicht hervorgetreten seien. Die Aufwendungen seien auch nicht so bedeutend, daß einer Staatshilfe nötig wäre. Allerdings empfehle sich, soweit die Arbeitslosenversicherung der Berufsvereine für organisierte Arbeiter in Frage kommen, ein Zusammenarbeiten der Gemeinden mit den Organisationen. Die Kommission stand in der Hauptsache auf dem Standpunkt der Regierung. Sie stellt an die Erste Kammer den Antrag, es wolle über die Petitionen der 5 christlichen Gewerkschaften zur Tagesordnung übergegangen werden.

Auflösung sämtlicher sozialdemokratischer Jugendorganisationen?

Münster, 13. Juni. Auf die Anfrage der „Münsterer Zeitung“, ob die Auflösung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen im ganzen Reich nicht nur in Bayern geplant sei, antwortete das Staatsministerium des Innern, es könne die gewünschte Auskunft nicht erteilt werden. Verhandlungen in der angegebenen Richtung scheinen also zu schweben.

Das neue Ministerium Viviani.

Paris, 13. Juni. Das Kabinett Viviani ist endgültig konstituiert. Der neue Ministerpräsident hat sich um 5.30 Uhr ins Elisee begeben, um dem Präsidenten der

Republik die Liste seiner Mitarbeiter vorzulegen. Sie lautet: Präsident und Vizepräsident: René Viviani, Justiz: Viviani-Matin, Inneres: Malvi, Krieg: Messimy, Marine: Gauthier, Finanzen: Rouleux, Unterricht: Augagneur, öffentliche Arbeiten: René Renoult, Ackerbau: Fernand David, Handel: Constant, Kolonien: Raynaud, Arbeitsministerium: Comba, Unterstaatssekretär des Innern: Jacier, Unterstaatssekretär der Schönen Künste: Dalmier, des Krieges: Lauraine, Handelsmarine: Ham, Unterstaatssekretär des Ackerbaus: Abel Ferry. Montag früh wird Kabinettsrat und am Dienstag früh ein Ministerrat abgehalten werden. Das neue Ministerium wird sich voraussichtlich am Dienstag vor der Kammer präsentieren.

Paris, 13. Juni. Von den 12 Mitgliedern des neuen Kabinetts Viviani haben fünf als Abgeordnete gegen die dreijährige Dienstzeit gestimmt. Außerdem hat der jetzige Kriegsminister seinerzeit einen Abschwächungsantrag gestellt, aber dann, nachdem dieser abgelehnt war, für das Dreijähriges gestimmt. Das neue Kabinett will zur Frage der dreijährigen Dienstzeit in seiner Antrittserklärung folgendes sagen: „Man wird an die Verringerung der Militärlasten denken können, sobald die allgemeinen Interessen der Landesverteidigung dies gestatten, doch unter keinen Umständen früher, als bis sich die von der Regierung in die Wege zu leitenden Einzelreformen wieder eingelebt haben.“

Paris, 14. Juni. Die ursprüngliche Fassung des Militärgesetzes, welche die erste Kombination des Ministeriums Viviani zum Scheitern brachte, ist mit Genehmigung Vivianis folgendermaßen angenommen worden: Die Regierung wird binnen kurzen Gesetzentwürfen einbringen über die militärische Vorbereitung der Jugend und über die Reorganisation der Reserve. Die Entwürfe sind bestimmt, die Defensivkraft der Nation zu erhöhen, die stets nur daran gedacht hat, Ehre, Freiheit und Heimat zu schützen. Erst wenn diese Entwürfe, die allen Ergebnissen der Erfahrung und den Anforderungen der nationalen Verteidigung Rechnung tragen, angenommen und in Kraft gesetzt sein werden, wird die Regierung eine Erleichterung der militärischen Lasten vorschlagen können. — Ueber die neue Fassung herrscht Einvernehmen. — Die Regierung wird sich am Dienstag den Kammern vorstellen.

Balkanfinanzkonferenz.

Paris, 13. Juni. Am Montag wird eine offiziöse Sitzung der Balkanfinanzkonferenz in Paris stattfinden, bei der über die Wiederaufnahme der Arbeiten der Konferenz im Herbst beraten werden soll.

Beendeter Eisenbahnerstreik.
Ancona, 13. Juni. Heute nahmen die Eisenbahner die Arbeit wieder auf. Am Nachmittag fand in der Arbeiterkammer eine stark besuchte Versammlung statt, die einer Tagesordnung betr. Einstellung jeglicher Agitation und Wiederaufnahme der Arbeit zustimmte. Die Stadt nimmt wieder ihr gewöhnliches Aussehen an.

Zur Lage in Albanien.

Durazzo, 13. Juni. Auf einen anonymen Brief hin, wurde der Bürgermeister Guraskowicz von Durazzo wegen einer revolutionären von ihm stammenden Erklärung verhaftet und eine Hausdurchsuchung bei ihm vorgenommen.

Der Streik auf den Naphthawerken.

Baku, 13. Juni. Wie der „Korrespondenz Piber“ mitgeteilt wird, ist die Zahl der auf den Naphthawerken Streikenden bereits auf über 2500 gestiegen. Es sind außerordentliche Maßnahmen zum Schutze der Werke getroffen worden.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Rechte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Radel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Sängerchor der Karlsruher. Heute abend hat 9 Uhr: Sitzung in der „Nacht am Rhein“.

Geschäftliches.

Wie bereitet man sich ein ebenso vorzügliches wie billiges Haarwasser selbst? Die Ursache des frühzeitigen Ergrauens und Ausfallens der Haare ist außer in konstitutionellen Krankheiten zweifelsohne in einer mangelhaften Pflege der Kopfhaut zu suchen. Ausschreibungen der Kopfhaut, Schuppen und Schindeln, Kopfschmerzen bilden einen geeigneten Nährboden für mancherlei Parasiten, die in erster Linie als die Ursachen der gestörten Funktionen der Kopfhaut in Frage kommen, und deren gründliche und dauernde Beseitigung man von einem guten Haarwasser verlangen kann. Ein Haarwasser, welches diesen Zweck erfüllt, bereitet man sich selbst, indem man sich in der nächsten Apotheke oder Drogerie eine Flasche Goldgeist für 50 Pfg. und für 10 Pfg. Eau de Cologne kauft. Auf dem jeder Flasche des echten Goldgeists beigefügten Prospekt findet man eine genaue Anweisung, wie man sich für 60 Pfg. ¼ Liter Haarwasser bereitet.

Die schnelle Wirkung bei der Bleichsucht

Ist mehrfach in der Literatur über den Lamischeider Stahlbrunnen herangezogen worden. Durchschnittlich wurde bei vierwöchigen Kuren eine Zunahme des Haemoglobingehaltes um 26% und eine Steigerung des Körpergewichts um 7% beobachtet; im Einzelfalle stieg die Zunahme des Haemoglobins bis über 80% und die Vermehrung des Körpergewichts bis zu 14%. Das sind Resultate, wie man sie mit künstlichen Eisenpräparaten wohl nur ausnahmsweise erreicht. — Anstelle der körperlichen und geistigen Depression tritt Wohlbehagen und immer mehr zunehmende Arbeitslust; die Schmerzen im Kopf und an den Füßen schwinden zugleich mit dem gelegentlich angutreffenden Dorem der Füße. (Professor Dr. med. Liebreich). — Aus Briefen: „Der Appetit hat wieder zugenommen, die übergroße Müdigkeit ist gewichen, ich kann wieder arbeiten. Das Lamischeider Stahlwasser ist immer meine beste Arznei.“ — „Von vielen werde ich gefragt, woher ich jetzt mein gesundes Aussehen habe, und ich verhehle nicht, Ihre Firma gebührend zu empfehlen.“ — „Das Wasser war mir bei geistiger und körperlicher Ueberanstrengung stets ein wunderbares Kräftigungsmittel, wie ich es besser noch nicht gefunden habe.“ — „Die Wirkung übertraf selbst die höchsten Erwartungen.“ — Ausf. Mitteilungen über Anwendungsgebiet, Kurverfolg u. Bezug des Brunnenes kostenlos durch: Lamischeider Stahlbrunnen, Wappard a. Rh. N.W. 388.

Am 11. Juni 1914 wurde im Hardwald, Gemarkung Bulach nachbeschriebene männliche Leiche erhängt aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor.

Etwa 60-70 Jahre alt, 1,65 Meter groß, starken, weißen Schnurrbart, weiße, lichte Haare, doppelseitiger Leistenbruch, Bruchband; Kiefer zahlos, Augen bräunlich; die Leiche war bekleidet mit dunklem, grau und blau gestreiftem, gut erhaltenem Anzug, blau gestreiftem Hemd, schwarzem, fleisem Filzhut, weißem Umlegebogen, Größe 40, dunkelbrauner Strawatte, grünem Jupon, weißem Vorhemd mit schwarzem Wäschezeichen Nr. 3050 und 39097, schwarzen, bereits neuen Schnürschuhen, dunkeln, wollenen Socken und gestrickter wollener Unterjade.

Der Tote war noch im Besitze von 12 Pfg., eines roten Taschentuches, eines Taschenmessers mit Korkzieher, einer Schmutztasche aus Horn in Uhrform.

Ich ersuche um sachdienliche Mitteilungen, die zur Feststellung der Person des Toten dienen können.

1888 Der großh. Staatsanwalt II.

Kinderhilfsstag.

Anmeldungen der Sammelbinnen bitten wir bis längstens 20. ds. Mts. mündlich oder schriftlich zu richten an Frau Lautenschläger, Eisenlocherstraße 12.

Abt. VI des Bad. Frauenvereins.

Offenburg.

Brauerei Kopf

Nachfolger: Georg Sammeth

empfehlen vorzügliche Lager- und Export-Biere in Joh. und Flaschen.

Pfannkuch & Co

Heute eingetroffen Frische Kirschen

Pfd. 25 Pfg.

erner in den Kistalen mit Stadterband: Frische 1889

Ananas-Erdbeeren

Pfd. 40 Pfg.

Somaten.

Pfannkuch & Co

G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen.

Emailherde

erfolgreiches Fabrikat, in großer Auswahl, billig zu verkaufen. Nehme gebrauchte Herde in Zahlung.

Herdlager

W. Kronenwett 53 Schützenstraße 53. Kein Laden, daher billige Preise.

Hagsfeld, Wilhelmstraße 6, Zimmerwohnung mit Wasser und Gas auf 1. Oktober zu vermieten.

Gebrauchte Möbel billig zu verkaufen.

Betten, Raare und einzelne, mit hohem Haupt, englische und andere, einfür. Schränke von 8 M an, zweifür. Schränke von 10 M an, Chiffoniere, Vertils von 25 M an, Tische von 2 M an, Stühle in allen Preislagen, Kommoden, Waschkommode u. Waschtische, Küchenchränke von 10 M an, gute Nähmaschine, Hochhaarmatratze, Federbetten usw. sonst. Möbel aller Art sind billig zu verkaufen.

D. Gutmann, Rudolfstr. 12.

„Jedem das Seine“
Unter diesem Titel verteilt der **Rabatt-Spar-Verein Karlsruhe** E. V. eine Monatsschrift, welche für das verehrl. kaufende Publikum von grossem Interesse ist. Dieses Blatt erscheint immer um die Mitte des Monats und ist für **jedermann kostenlos erhältlich** in der **Geschäftsstelle obigen Vereins, Waldstrasse 6.**

Diese Woche!
Enorm billiger Verkauf in Wasch-Stoffen Rohseide und Schürzen
Beachten Sie unsere 3 Spezial-Fenster. 1888
Geschw. KNOPF
Nur solange Vorrat!

Bekanntmachung.

Die Erneuerungswahl der Stadträte betreffend.
Nach § 25 der Städteordnung scheiden die bei der allgemeinen Neuwahl vom Jahre 1911 auf 3 Jahre gewählten Stadträte demnächst aus.

Die Ausscheidenden sind:

1. Honning Karl, Buchdruckereibesitzer,
2. Dieß Dr. C., Rechtsanwalt,
3. Gaugel Heinrich, Oberrechnungsrat,
4. Haas Dr. Ludwig, Rechtsanwalt,
5. Homburger Fritz, Kommerzienrat,
6. Kämpfle Ludwig, Privatmann,
7. Mayer Florian, Tischler,
8. Mees Adolf, Privatmann,
9. Möstl Jakob, Wirt,
10. Schleich Wilhelm, Mechanikermeister,
11. Trunk Gustav, Rechtsanwalt.

In deren Stelle sind 11 Stadträte für eine Amtsdauer von 3 Jahren neu zu wählen.

Die Neuwahl des Stadtrats wird durch den Bürgerausschuss vorgenommen und zwar durch die im Jahre 1911 auf 6 Jahre gewählten im Amt verbleibenden und die auf Grund der Wahlhandlungen vom 25., 27. und 29. v. Mts. auf 6 Jahre neu gewählten Stadtverordneten und die derzeitigen Mitglieder des Stadtrats.

Wählbar in den Stadtrat ist jeder Stadtbürger, dessen Bürgerrecht nicht ruht (§ 10 der Städteordnung).

Es können aber

1. diejenigen Beamten und die Mitglieder derjenigen Behörden, durch welche die Aufsicht des Staates über die Stadt ausgeübt wird;
2. die befohlenen Gemeindefunktionäre;
3. Geistliche und Volksschullehrer;
4. die befohlenen Richter, die Beamten der Staatsanwaltschaft und die Polizeibeamten die auf sie gefallene Wahl nur annehmen, wenn sie ihr Amt niederlegen.

Vater und Sohn, Schwiegervater und Schwiegersohn, Bruder und Schwäger, sowie diejenigen, welche als offene oder persönlich haftende Gesellschafter bei der nämlichen Handelsgesellschaft beteiligt sind, können nicht zugleich Mitglieder des Stadtrats sein.

Die Neuwahl findet statt

am Freitag, den 19. Juni, vormittags 11½ bis 12½ Uhr, im großen Rathhause.

Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein. Sie müssen einen Namen mehr enthalten als Stadträte zu wählen sind, also 12 Namen.

Nur solche Stimmzettel können gültig abgegeben werden, welche mit einer der eingereichten, einen Tag vor dem Wahltag an der Verkündungstafel des Rathhauses angehängt und im Rathhaus aufliegenden Wahlvorschlagslisten genau übereinstimmen.

Indem wir den Herren Mitgliedern des Bürgerausschusses gemäß § 30 der Städteordnung von Obigem Kenntnis geben, laden wir sie hiermit zur Wahl ergebenst ein.

Gleichzeitig fordern wir sie auf, bis spätestens zum dritten Tage vor der Wahl, also bis spätestens Dienstag, den 16. Juni d. J., Wahlvorschlagslisten beim Bürgermeisteramt einzureichen.

Jede Wahlvorschlagsliste muß einen Bewerber mehr enthalten, als die Zahl der zu wählenden Stadträte beträgt und von drei Bürgerausschussmitgliedern unterzeichnet sein, deren jeder als Vertrauensmann gilt.

Die Vorgesetzten sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und so zu bezeichnen, daß ihre Person unabweisbar zu erkennen ist; auch ist von jedem Vorgesetzten oder von den Vorgesetzten gemeinsam eine Erklärung beizufügen, worin sie unterschriftlich der Aufnahme in die Vorschlagsliste zustimmen.

In mehr als einer Liste darf sich kein Bewerber vorschlagen lassen.

Die endgültig festgestellten Wahlvorschlagslisten werden nach der Reihenfolge ihres Einlaufs am Mittwoch, den 17. Juni d. J., durch Anschlag an der Verkündungstafel des Rathhauses bekannt gegeben, außerdem im Rathhaus, Zimmer Nr. 45, zur Ansicht der Wahlberechtigten aufgelegt werden.

Karlsruhe, den 10. Juni 1914.

Der Stadtrat:
Dr. Hofmann.

Bekanntmachung.

Die Wahl der Mitglieder des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten betreffend.

An die Herren Stadtverordneten!
Nach § 1 der Geschäftsordnung für den Bürgerausschuss hat nach den Erneuerungswahlen der Stadtverordneten die Wahl des geschäftsleitenden Vorstandes derselben stattzufinden. Die Wahl, welche von dem ältesten Stadtverordneten geleitet wird, gilt für die Zeit bis zu den nächsten Erneuerungswahlen. Wählbar ist jeder Stadtverordnete.

Der bisherige geschäftsleitende Vorstand der Stadtverordneten bestand aus den Herren:

- | | |
|---------------------------------|------------------|
| Frey Ernst, Obmann, | Pfaff Karl, |
| Sauer Heinrich, stellv. Obmann, | Rothweiler Emil, |
| Wegler Martin, | Schwall August, |
| Welman Oskar, | Stöckle August, |
| Welling Reinhold, | Trenkle Albert. |

Die Wahl findet statt am Freitag, den 19. Juni d. J., von vormittags 11½ bis 12 Uhr, im großen Rathhause.

Unmittelbar nach Feststellung des Ergebnisses der Wahl, nämlich von 12 Uhr 10 Minuten bis 12½ Uhr, findet die Wahl des Obmanns des geschäftsleitenden Vorstandes und eines Stellvertreters desselben statt.

Wählbar sind nur die neu gewählten Mitglieder des geschäftsleitenden Vorstandes.

Zu beiden Wahlen werden die Herren Stadtverordneten hierdurch eingeladen.

Karlsruhe, den 10. Juni 1914.

Der älteste Stadtverordnete:
Ferd. Thiergarten.

En gros **Schneider-Artikel** En détail

Beste und billigste Bezugsquelle für sämtliche Schneider-Bedarfsartikel und Wägelutensilien

Damen-Jackettfutter empfiehlt 704

Karlsruhe **Peter Mees** Herrenstr. 42

Verband auch nach auswärts.

Dampf-, Heissluft- und elektr. Lichtbäder

für Herren und Damen **im Friedrichsbad** ununterbrochen den ganzen Tag geöffnet. 1084

Sonder-Preise

Montag, Dienstag, Mittwoch

Modewaren

Spitzen - Stickereien

Kurzwaren

Schürzen

1659

Hermann Tiez

Kaffen Sie sich die d. Bfg. nicht gereuen und verlangen Sie meine Preisliste über Neuheiten von

A. Jörg, Karlsruhe i. B., Amalienstr. 59. 8

Milchhandel

100-200 Liter Umfah ist zu verkaufen, event. mit Laden zu vermieten. Zu erfragen im „Volkshaus“.

Zimmer zu vermieten.

Schön möbliert. Zimmer in freier luftiger Lage sofort oder später zu vermieten. **Kärcherstraße 57, 2. Stod.**

Sternbergstr. 1a, 4. St. ist ein gut möbl. Zimmer mit Frühstück an soliden Arbeiter zu vermieten. 1647

Pfannkuch & Co

Frühling eingetroffen: Die ersten Holländer

Vollheringe

per Stück 10 Pfg.

Matjesheringe

per Stück 12 Pfg.

Sommer-Malta-Kartoffeln

3 Pfund 40 Pfg. 10 Pfund 1.25

Pfannkuch & Co

G. m. b. H. In den bekanntesten Verkaufsstellen

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe. Frauensektion.

Am Donnerstag, den 18. Juni, abends halb 9 Uhr, findet in der „Gambriunshalle“, Erbprinzenstraße, **General-Versammlung** statt mit folgender Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Vortrag des Landtagsabg. Genossen Kolb über: **Marg Lehren.**

Um zahlreichem Besuch werden die Genossinnen gebeten. Die Sektionsleitung.

Prima 1185 Dörrfleisch

so weit Vorrat **das Pfund 0.90** in ganzen Stücken **das Pfund 0.80** in allen Füllungen erhältlich **Gebr. Hensel, Hofstief.**

Achtung! Achtung!

Uffem Messplatz gibst heut noch am Messmontag **!!! Zuckerstange für 2 Pfennig !!!**

Der wo für 10 Pfennig taust, erhält eine Geschenk wegert dem prima Geschäft beim

Fidelen Zucker-Seppel,
3. Stand beim Schlachthof, Durlacher Allee.

Verkaufe und Kaufe

fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Zahngebisse, Pfandschme, Möbel, Reisekoffer.

Erstes größtes An-Levy
u. Verkaufsgeschäft
Markgrafenstr. 22. Tel. 2015.

Herren-Kleiderstoffen

enorm billig abgegeben. Sehr lohnend f. Wiederverkäufer.

Kaiserstraße 133, 1. Trepp
Ecke Kaiser- und Kreuzstraße.

HERDE

in Email und schwarz lackiert, erfill. Fabrikate. Billige Preise. Zeitgahlung gestattet.

A. Schwinn, Steinstraße 25
Teleb. 8573 am Eidelplatz

Trunksüchtige und deren Angehörige

wenden sich an die Beratungsstelle für Alkohol-Kranke im Obergeschoss der Krankenkassenverwaltung 6903 **Gartenstrasse 14/16.** Kostenfreie Auskunft an jedermann. Sprechzeit von 12 bis 1 Uhr

Durlacherstraße 9, 2. Stod, nächst der Kaiserstraße, ist eine schöne **3 Zimmer-Wohnung** mit Zubehör per 1. Juli zu vermieten. Näheres im Laden

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Gehausgebote vom 9. Juni: Emil Elsäßer von Grünwelterebach, Metzger hier, mit Emma Feingmann von Nienzingen. — Wilh. Mad von hier, Stadtdiöplener hier, mit Christine Gortmann von Gölshausen. — Anton Feingmann von hier, Maschinenstecher hier, mit Pauline Gledner von hier. — Artur Dillmann von hier, Betriebsingenieur hier, mit Irma Müller von hier. — Emil Müller von Goppingen, Schreiner hier, mit Karoline Ochs von Bruchsal. — Albert Steinemann von hier, Elektromonteure hier, mit Katharina Theurer von Cahn. — Fried. Hollenbach von Mittelschleffenz, Wohnarbeiter hier, mit Sofie Siegrist von Friedrichsberg. — Hugo Haber von Freiburg, Rader hier, mit Hermine Sohn von hier. — Hermann Adler von hier, Geometer in Engen, mit Stefanie Wähler von hier. — Wilhelm Fehler von hier, Maschinenarbeiter hier, mit Wilhelmine Wehrle von Heidelberg. — Wilhelm Wahnemühl von Holzginden, Friseur hier, mit Wilhelmine Schwander von hier.

Chefheftung vom 10. Juni: Alexander Brauer von hier, Landgerichtsrat von hier, mit Gertrud Brauer von Weßungen. — Geburten vom 5. bis 12. Juni: Alfred Josef, B. Josef Wegler, Friseur. — Marianne Gudrun, B. Dr. Fritz Lindner, Apotheker. — Walter Anton, B. Anton Gofert, Güterbesitzer. — Marianne Elisabeth, B. Jakob Teufel, Generalagent. — Maria, B. Josef Weissenberger, Schreiner.

Todesfälle vom 9. bis 12. Juni: Anna Strider, 44 J. alt, Ehefrau des Metzgers Josef Strider. — Otto Kühn, Tagelöhner, ledig, 42 J. alt. — Max Haber, Fuhrmann, ledig, 37 J. alt. — Emilie Durland, 82 J. alt, Ehefrau des Oberlehrers Robert Josef Durland. — Christine Seiter, 56 Jahre alt, Witwe des Wehrmeisters Philipp Schermann. — Magdalena Bornhäuser, 79 J. alt, Witwe des Wirts Christ. Bornhäuser. — Alwine Burtier, 45 J. alt, Ehefrau des Schlossers Konrad Burtier. — Egon, 9 Tage alt, B. Karl Metz, Verordnungsbeamter. — Mathilde Senn, 75 J. alt, Witwe des Landwirts Philipp Senn. — Sofie Beder, 19 J. alt, Ehefrau des Hausdieners Friedrich Beder. — Simon Pfeifer, Seffelmacher, Witwer, 74 Jahre alt. — Otto Rittner, Rader, ledig, 26 J. alt. — Franz 1. alt, B. Wilhelm Ulrich, Schreiner.